

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 15. August 1920
11. Jahrg. Nummer 189

Vertriebspreis: Inland mit Ausnahme der Grenz- und Postgebiete, Bezugspreis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,60 RM., Einzelnummern 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 RM., unter Streifenband 3,00 RM. Auslandspreis: Die deutschsprachigen Mittelmeerländer über Bremen monatlich 2 Pf., Belgien und Niederlande monatlich 3 Pf., Holland monatlich 4 Pf., die übrigen Mittelmeerländer über Bremen monatlich 5 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Section der 3. Internationalen
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlags-Expedition: Breslau 10, Krasnapolska Str. 10, Tel. 200 00.
Postfachnummer: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Krasnapolska Str. 10, Tel. 200 00. Geschäftsstelle der Redaktion von 10-12 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filial-Expeditionen: Glogow, Breslau, Tel. 4065; Oppeln, Krasnapolska Str. 10, Tel. 1904; Glogow, Krasnapolska Str. 10, Tel. 1904; Glogow, Krasnapolska Str. 10, Tel. 1904. — Verlag: G. L. Glogow, Krasnapolska Str. 10, Glogow. — Druck: „Post- und Zeitungs-Druckerei“ Glogow, Krasnapolska Str. 10.

SPD. offiziell für Wiffell-Entwurf!

Freche Lügen als Kampfmittel — Arbeiter laßt euch nicht irreführen!

Die SPD. setzt sich für den Abbauentwurf Wiffells ein! Offiziell verkündet das der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel vom 14. August. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte am 13. August gemeinsam mit den VDBB-Beratern Reipart, Müller-Lichtenberg und Spließ eine Besprechung mit Wiffell und Gebering, als deren Ergebnis verkündet wird, daß sich die SPD. für den Entwurf Wiffells einsetzt. „Für den Wiffellschen Entwurf“ ist die faktische Parole der SPD.

Die SPD.-Führer sowie die VDBB-Bürokraten sind also für den ungeheuren Abbau der Arbeitslosenunterstützung, wie er im Wiffellschen Entwurf vorgesehen ist. Es ist klar, daß die Sozialfaschisten in dieser Situation zu außergewöhnlichen Mitteln greifen müssen, um den Abbauentwurf gegen den Widerstand der Arbeiterklasse durchzuführen. Das erste ist denn auch, daß sie in ungewöhnlich frecher Weise die Arbeiter über den Inhalt des Wiffellschen Gesetzesentwurfes anlügen. Der „Vorwärts“ behauptet, daß der Entwurf keinen Abbau der Arbeitslosenunterstützung vorsehe, er enthalte lediglich Bestimmungen zur Verringerung von Mißständen. Wörtlich schreibt der „Vorwärts“:

„Die Vorlage des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wiffell geht der bürgerlichen Mehrheit des Kabinetts nicht weit genug. Sie sieht zwar in Uebereinstimmung mit vielfach einstimmig gefaßten Beschlüssen der Sachverständigenkommission die Verringerung offenkundiger Mißstände vor. Sie bringt jedoch keinen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und strebt die Sanierung durch eine beschränkte Beitragserhöhung von dreiviertel Prozent an.“

Was bedeutet diese Stellungnahme der Sozialdemokratie? Sie enthält die Bereitwilligkeit, alles das, was an Mißständen in der Arbeitslosenversicherung zutage getreten ist, zu beseitigen, aber dort ein unbeugsames Nein auszusprechen, wo unter dem Deckmantel „Reform“ der Versuch gemacht wird, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung abzubauen.“

Man muß schon sagen, daß der „Vorwärts“ hier an frecher Lüge all seine bisherigen Leistungen übertrifft. Wie tief schätzt der „Vorwärts“ die Arbeiter ein, daß sie glauben sollen, der Wiffellsche Gesetzesentwurf sehe keinen Abbau der Arbeitslosenversicherung vor? Obwohl der genaue Wortlaut des Wiffellschen Entwurfes bisher geheim gehalten wurde, weiß man aus dem, was bisher über seinen Inhalt bekannt wurde, daß der Entwurf Wiffells einen radikalen Abbau der Arbeitslosenunterstützung vorsieht.

Zudem überführen sich die Sozialfaschisten selbst. Der „Vorwärts“ schreibt, daß der bürgerlichen Kabinetsmehrheit die Vorlage Wiffells noch nicht weitgehend genug sei, die bürgerlichen Minister bestehen auf einer restlosen Durchführung der Sachverständigenbeschlüsse. Aber der Unterschied zwischen den Forderungen der bürgerlichen Minister und der Vorlage Wiffells ist gar nicht groß. Das teilt ein sozialdemokratisches Blatt mit. Die in Köln erscheinende „Rheinische Zeitung“ schreibt am 13. August wörtlich:

„Der ganze finanzielle Unterschied zwischen der Vorlage des Reichsarbeitsministers Wiffell und den Forderungen der Kabinetsmehrheit beträgt nur einige Duzend Millionen.“

Wenn die bürgerlichen Regierungsparteien um dieser Summe willen eine schwere innerpolitische Krise heraufbeschwören, so haben sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen.“

Nach dem Zeugnis dieses SPD.-Blattes soll also die Wiffellsche Vorlage nur einige Duzend Millionen weniger einbringen, als die Sachverständigenvorschläge. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Wiffell eine Beitragserhöhung um dreiviertel Prozent anstatt einhalb Prozent vorschlägt, kann man leicht annehmen, daß die Hunderte von Millionen Mark, die Wiffell der Reichskasse ersparen will, nicht durch Befreiung angeblicher Mißstände, sondern nur durch einen radikalen Abbau der Leistungen einzubringen sind. Zudem ist die SPD. bereit, nochmals eine Kompromisse einzugehen, also einige Duzend Millionen noch zuzugeben. Im übrigen muß ja der Wortlaut der Wiffellschen Vorlage in Kürze bekanntgegeben werden, und die Arbeiterklasse kann sich dann selbst davon überzeugen, wie frech und schamlos die SPD.-Presse lügt.

Aber warum setzen die SPD.-Führer heute Lügen in die Zeitungen, die doch in kurzer Zeit von jedem Arbeiter schwarz auf weiß als Lügen erlannt werden können? Nun, es kommt den SPD.-Führern darauf an, jetzt noch Zeit zu gewinnen, die Gegenwehr der Massen zu schwächen, weil sie hoffen, daß nach einer Einigung der Regierungsparteien die Wiffellsche Abbaivorlage in kurzer Zeit durchgepeitscht sein wird.

Die SPD.-Presse hofft auch, die heute noch im Betrieb stehenden Arbeiter irreführen zu können. Sie spekuliert darauf, daß der Arbeiter, der noch Arbeit hat, sich nicht so eingehend über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung unterrichten wird. Es ist daher notwendig, durch intensive Aufklärungsarbeit auch dem letzten Arbeiter zur Kenntnis zu bringen, was die SPD. und ihre Minister planen.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Zurzeit sitzen Vertreter der Regierungsparteien hinter verschlossenen Türen zusammen, um sich über die Abbaivorlage zu einigen. Ist diese Einigung da, wird die Abbaivorlage mit faschistischen Methoden durch die Reichstagskörperschaften gepetscht. Um ihre Ministerfesseln zu reiten, wird sich die SPD. am aktivsten beim Abbau der Arbeitslosenunterstützung betätigen; das Geschwätz, daß die SPD. sich eher aus der Regierung zurückziehe, als daß sie an der Arbeitslosenunterstützung rütteln lasse, nehmen die sozialfaschistischen Führer selbst nicht ernst. Immer wieder versichern sie ja den anderen Regierungsparteien, daß sie wegen des Abbaus der Arbeitslosenunterstützung keine Regierungsbüchse eintreten lassen würden.

Nur eine Nacht kann heute noch den geplanten Abbau verhindern: die Massen des werktätigen Volkes, wenn sie ihre Gegenwehr sofort um ein Vielfaches verstärken. Betriebsstättige und Arbeitslose müssen ihre Kräfte vereinigen und in tüchtigen Kundgebungen und Demonstrationen auf den Plan treten.

Der Kampf geht um Verhinderung des Abbaus, um Erhöhung der Unterstühtungsätze, um Arbeitsbeschaffung, um den Siebenstundentag!

Heraus gegen die Wiffellsche Abbaivorlage!

Die SPD. ist für den Abbauentwurf Wiffells ein! Offiziell verkündet das der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel vom 14. August. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte am 13. August gemeinsam mit den VDBB-Beratern Reipart, Müller-Lichtenberg und Spließ eine Besprechung mit Wiffell und Gebering, als deren Ergebnis verkündet wird, daß sich die SPD. für den Entwurf Wiffells einsetzt. „Für den Wiffellschen Entwurf“ ist die faktische Parole der SPD.

Die SPD.-Führer sowie die VDBB-Bürokraten sind also für den ungeheuren Abbau der Arbeitslosenunterstützung, wie er im Wiffellschen Entwurf vorgesehen ist. Es ist klar, daß die Sozialfaschisten in dieser Situation zu außergewöhnlichen Mitteln greifen müssen, um den Abbauentwurf gegen den Widerstand der Arbeiterklasse durchzuführen. Das erste ist denn auch, daß sie in ungewöhnlich frecher Weise die Arbeiter über den Inhalt des Wiffellschen Gesetzesentwurfes anlügen. Der „Vorwärts“ behauptet, daß der Entwurf keinen Abbau der Arbeitslosenunterstützung vorsehe, er enthalte lediglich Bestimmungen zur Verringerung von Mißständen. Wörtlich schreibt der „Vorwärts“:

„Die Vorlage des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wiffell geht der bürgerlichen Mehrheit des Kabinetts nicht weit genug. Sie sieht zwar in Uebereinstimmung mit vielfach einstimmig gefaßten Beschlüssen der Sachverständigenkommission die Verringerung offenkundiger Mißstände vor. Sie bringt jedoch keinen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und strebt die Sanierung durch eine beschränkte Beitragserhöhung von dreiviertel Prozent an.“

Was bedeutet diese Stellungnahme der Sozialdemokratie? Sie enthält die Bereitwilligkeit, alles das, was an Mißständen in der Arbeitslosenversicherung zutage getreten ist, zu beseitigen, aber dort ein unbeugsames Nein auszusprechen, wo unter dem Deckmantel „Reform“ der Versuch gemacht wird, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung abzubauen.“

Man muß schon sagen, daß der „Vorwärts“ hier an frecher Lüge all seine bisherigen Leistungen übertrifft. Wie tief schätzt der „Vorwärts“ die Arbeiter ein, daß sie glauben sollen, der Wiffellsche Gesetzesentwurf sehe keinen Abbau der Arbeitslosenversicherung vor? Obwohl der genaue Wortlaut des Wiffellschen Entwurfes bisher geheim gehalten wurde, weiß man aus dem, was bisher über seinen Inhalt bekannt wurde, daß der Entwurf Wiffells einen radikalen Abbau der Arbeitslosenunterstützung vorsieht.

Zudem überführen sich die Sozialfaschisten selbst. Der „Vorwärts“ schreibt, daß der bürgerlichen Kabinetsmehrheit die Vorlage Wiffells noch nicht weitgehend genug sei, die bürgerlichen Minister bestehen auf einer restlosen Durchführung der Sachverständigenbeschlüsse. Aber der Unterschied zwischen den Forderungen der bürgerlichen Minister und der Vorlage Wiffells ist gar nicht groß. Das teilt ein sozialdemokratisches Blatt mit. Die in Köln erscheinende „Rheinische Zeitung“ schreibt am 13. August wörtlich:

„Der ganze finanzielle Unterschied zwischen der Vorlage des Reichsarbeitsministers Wiffell und den Forderungen der Kabinetsmehrheit beträgt nur einige Duzend Millionen.“

Wenn die bürgerlichen Regierungsparteien um dieser Summe willen eine schwere innerpolitische Krise heraufbeschwören, so haben sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen.“

Nach dem Zeugnis dieses SPD.-Blattes soll also die Wiffellsche Vorlage nur einige Duzend Millionen weniger einbringen, als die Sachverständigenvorschläge. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Wiffell eine Beitragserhöhung um dreiviertel Prozent anstatt einhalb Prozent vorschlägt, kann man leicht annehmen, daß die Hunderte von Millionen Mark, die Wiffell der Reichskasse ersparen will, nicht durch Befreiung angeblicher Mißstände, sondern nur durch einen radikalen Abbau der Leistungen einzubringen sind. Zudem ist die SPD. bereit, nochmals eine Kompromisse einzugehen, also einige Duzend Millionen noch zuzugeben. Im übrigen muß ja der Wortlaut der Wiffellschen Vorlage in Kürze bekanntgegeben werden, und die Arbeiterklasse kann sich dann selbst davon überzeugen, wie frech und schamlos die SPD.-Presse lügt.

Aber warum setzen die SPD.-Führer heute Lügen in die Zeitungen, die doch in kurzer Zeit von jedem Arbeiter schwarz auf weiß als Lügen erlannt werden können? Nun, es kommt den SPD.-Führern darauf an, jetzt noch Zeit zu gewinnen, die Gegenwehr der Massen zu schwächen, weil sie hoffen, daß nach einer Einigung der Regierungsparteien die Wiffellsche Abbaivorlage in kurzer Zeit durchgepeitscht sein wird.

Die SPD.-Presse hofft auch, die heute noch im Betrieb stehenden Arbeiter irreführen zu können. Sie spekuliert darauf, daß der Arbeiter, der noch Arbeit hat, sich nicht so eingehend über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung unterrichten wird. Es ist daher notwendig, durch intensive Aufklärungsarbeit auch dem letzten Arbeiter zur Kenntnis zu bringen, was die SPD. und ihre Minister planen.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Zurzeit sitzen Vertreter der Regierungsparteien hinter verschlossenen Türen zusammen, um sich über die Abbaivorlage zu einigen. Ist diese Einigung da, wird die Abbaivorlage mit faschistischen Methoden durch die Reichstagskörperschaften gepetscht. Um ihre Ministerfesseln zu reiten, wird sich die SPD. am aktivsten beim Abbau der Arbeitslosenunterstützung betätigen; das Geschwätz, daß die SPD. sich eher aus der Regierung zurückziehe, als daß sie an der Arbeitslosenunterstützung rütteln lasse, nehmen die sozialfaschistischen Führer selbst nicht ernst. Immer wieder versichern sie ja den anderen Regierungsparteien, daß sie wegen des Abbaus der Arbeitslosenunterstützung keine Regierungsbüchse eintreten lassen würden.

Schweres Eisenbahnunglück bei Brodtau

1 Toter, 10 Verletzte

11. Breslau, 15. August.

Am 15. August, 0.16 Uhr, fuhr der von Rattern kommende Triebwagen 1780 dem nach Carlsmarkt fahrenden Personenzug 503 auf dem Verschiebebahnhof Brodtau infolge Ueberfahrens des auf Halt zeigenden Blocksignals in die Gleise. Der Oberchaffner Madai ist tot. Der Triebwagenchaffner Strook ist schwer verletzt, eine Reisende ist schwer, weitere acht Reisende sind leicht verletzt. Die Schwerverletzten sind im Allerheiligen-Hospital und Wenzel-Gandekrankenhaus untergebracht. Der Triebwagen ist schwer, die Lokomotive des Personenzuges leicht beschädigt. Der Verkehr konnte durch Umleitung aufrechterhalten werden. Die Aufräumungsarbeiten dauerten fünf Stunden. Die Reisenden des Personenzuges 503 wurden zum Teil mit Sonderzug nach ihren Zielstationen weiterbefördert.

Sachdirektion Breslau wieder, in dem selbstverständlich versucht wird, die Schuld für die Katastrophe dem toten Oberchaffner aufzubürden. Es wird festzustellen sein, ob der Oberchaffner tatsächlich das Haltsignal übersehen hat, oder ob, wie es so oft vorkommt, die Bremse versagte.

Einem Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“, der sich an die Pressestelle der Reichseisenbahndirektion wandte, wurde jede nähere Auskunft mit der Begründung verweigert, daß nur ein amtlicher Bericht an die Nachrichtenbüros von Wolff und Telegraphenunion weitergegeben werde und keine direkten Informationen an die Presse gegeben werden.

Wir stellen demgegenüber fest, daß die „Neuesten Nachrichten“ Informationen von Eisenbahnbeamten erhalten haben und schon um 6 1/2 Uhr das Eisenbahnunglück zur Herausgabe eines sensationellen Extrablattes geschäftlich ausbeuteten. Die „Telegraphen-Union“, an die wir uns wandten, war dagegen so spät informiert worden, daß

sie erst um 8.15 Uhr Berichte über das Eisenbahnunglück durchgeben konnte.

Wir protestieren gegen diese skandalöse Art der Information, durch die die Berichterstattung verzögert und die Oeffentlichkeit irreführt wird. Es ist ein zweckloses Bemühen der Reichseisenbahndirektion, durch nichtsagende Berichte die Empörung der werktätigen Bevölkerung über die dauernd wachsende Zahl der Eisenbahnunfälle, die auf die unerhörte Ausbeutung des Personals zurückzuführen ist, zu dämpfen. Die arbeitende Bevölkerung kennt die Schuldigen. Sie sitzen in der Regierung und in den Direktionen!

Die Breslauer Reichsbanner-Mordtat

Die Mordhehe der SPD. enthüllt!

Wo sitzen die Mordbuben? Seit Wochen und Monaten entfaltet die SPD. eine wüste Mordhehe gegen die KPD. und den KZB. Auf Grund angeblicher Bluttaten, die KZB.-Kameraden an Reichsbannerleuten, an „friedlich Spazierengehenden“ verübten, wie der „Vorwärts“ behauptete, wurde der KZB. verboten. Die von den von Berlin zurückkehrenden Reichsbannerkämpfern in Sagan verübte Bluttat enthüllt jetzt mit einem Schlage blitzartig die gesamte verlogene Hehe der SPD. Diese Hehe erhält durch die Mordtat einen geradezu katastrophalen Zusammenbruch. Hier gibt es kein Vertuschen, kein Abfeigen und keine Umkehrung der Tatsachen, wie es bisher die Sozialdemokraten mit Hilfe des Staatsapparates und der gesamten bürgerlichen Presse vollführte. Die Bluttat der Breslauer Reichsbannerkämpfer zeigt, welcher Geist in dieser Organisation herrscht.

Der Mordangriff ist ein Ausfluß der monatelang betriebenen Hehe der SPD., die jeden Kommunisten als Rowdy verachtete, ist ein Ausfluß der Hehe des Hörings am Sonntag Unter den Linden.

Die beiden Reichsbannerleute Stirn und Hahn haben in die Tat umgesetzt, wozu sie von den Führern aufgefordert wurden. Die Sozialdemokraten sind durch die Mordtat von Sagan in Drud geraten. Die Höring und Gesellen wollen blutigen Terror durch das Reichsbanner, aber sie wollen ihn noch nicht so plump, noch nicht so offensichtlich. Die Höring und Kompanie wollen die Schuld auf die anderen abchieben können. Das ist ihnen in Sagan nicht möglich.

80 Reichsbannerleute fahren in einem Wagen nach Hause. In der 2. Klasse sitzt ein Fahrgast. Der Reichsbannermann Stirn gerät mit diesem Mann in Konflikt, ruft die anderen Reichsbannerleute heran, 80 Mann dringen in das Abteil und das Ergebnis — der Fahrgast bleibt erstochen zurück. Der „Vorwärts“ aber schreibt:

„daß die an der Schlägerei beteiligten Reichsbannerleute im Glauben handelten, sich in Notwehr gegen einen unberechtigten Angriff zu befinden...“

80 gegen 1! Notwehr! Notwehr gegen „kommunistische Rowdys“, Notwehr gegen „kommunistische Ueberfälle“ — das ist das Geschrei, mit dem die Sozialdemokraten bisher ihre Banditenüberfälle auf revolutionäre Arbeiter zu verbeden suchten. Aber der „Vorwärts“ betreibt eine lobenswerte Selbstentlarbung vor der gesamten Arbeiterschaft, wenn er jetzt von einer Notwehr von 80 zum Teil mit Dolchen bewaffneten Reichsbannerleuten gegen einen Reisenden schreibt.

Die Arbeiter wissen nun, wie sie in Zukunft das demagogische Notwehrgeschrei einzuschätzen haben. Sie wissen aber auch jetzt, wie die schamlose Kommunistenhehe zu bewerten ist. Offenbart ist auch die Tatsache, daß die Reichsbannerherden gegen das Berliner Proletariat verheißt zu der Verfassungskundgebung kamen, daß sie sich mit Dolchen gegen das Berliner revolutionäre Proletariat bewaffnet hatten. Die Höring-Horden kamen nach Berlin mit denselben Einstellungen gegen die Arbeiter wie die Stahlhelmabteilungen.

Es zeigt nur den ganzen Grad der Verlogenheit, in der sich die Sozialfaschisten befinden, wenn die „Volkswacht“ schreibt:

Bei dem dann entstehenden Disput sei es zur Schlägerei gekommen, in deren Verlauf der Passagier einen Stich in den Oberarm erhielt, dem jedoch zunächst keine Bedeutung beigelegt worden sei, weil keiner der Beteiligten eine Verletzung von der Gefährlichkeit des Stiches gehabt habe.

Nach ärztlichen Feststellungen wurde bei dem Getöteten die Schlagader des rechten Armes durchschnitten, so daß der Blutverlust sofort außerordentlich stark war. Kademacher brach, nachdem er die Notbremse gezogen, zusammen. Die Täter sind — wie gefestigt ist — feige geflüchtet. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, dem Verwundeten Hilfe zu bringen, da sich unter den Reichsbannerleuten Sanitäter befanden. Ebenso lächerlich ist die Behauptung der „Volkswacht“:

Die Nachricht der „11.“ gibt den amtlichen Bericht der Eisenbahndirektion wieder, in dem selbstverständlich versucht wird, die Schuld für die Katastrophe dem toten Oberchaffner aufzubürden. Es wird festzustellen sein, ob der Oberchaffner tatsächlich das Haltsignal übersehen hat, oder ob, wie es so oft vorkommt, die Bremse versagte.

macht" von der angeblichen Notwehr der Täter. Ebenso verlogen ist die Haltung, die nunmehr der „Vorwärts“ einnimmt, der zuerst jede Beteiligung der Reichsbannerleute an der Mordtat verschwiegen hatte.

Mit der bei den sozialfaschistischen Arbeitermordhebern üblichen Frechheit verfuhr der „Vorwärts“, die Mordtat zur Kommunistenbeize auszunutzen. Geuchlerisch erklärt er, das Reichsbanner kämpfe nicht mit Dolch und Schlagring, das tun nur die Kommunisten, aber nicht „Republikaner“, die eben mit Stolz und Freude den glänzenden Verlauf der Verfassungsfeier in Berlin mitgemacht und erlebt haben.

Reichsbannerbanditen erstehen im Zuge eines Fahrgabes, der „Vorwärts“ aber erklärt, die Kommunisten kämpfen mit Dolchen. — Die Reichsbannerhelden, die die Verfassungsfeier in Berlin mitgemacht... haben dort die Rede von H e r s i n g gehört, sie haben die Schlussfolgerung aus dieser Rede gezogen. Die Verantwortung für die Mordtat fällt auf die sozialfaschistischen Führer, die die Verfassung betreiben und in Berlin diese Fege geradeweg zu einem H e r s i n g p u n k t h e l g e r t e n .

Welcher Geist in den Reichsbannerhorden herrscht, zeigt ein Brief, den ein Reichsbannergeheule an die „Frankfurter Volksstimme“ schrieb. In diesem Brief, der eine einzige Seite gegen die Kommunisten ist, heißt es:

„Ein junger Mensch, der uns „Arbeitermörder“ zurief, erhielt sogleich... einige Maulschellen, an die er noch einige Zeit denken wird...“

Das ist der Terror, und Knüttelgeist, der im Reichsbanner zu Hause ist.

Der „Vorwärts“ aber erklärt „Notwehr!“ Die Pressemeldungen geben auch gleich eine Darstellung über die Notwehrauflösungen, wie sie beim „Vorwärts“ üblich sind. Als die Wappolizei die beiden Täter feststellen und festnehmen wollte, widersetzten sich die Reichsbannerleute der Verhaftung und bedrohten die Beamten. Nach der Schreibweise des „Vorwärts“ ist das wohl auch „Notwehr“?

Gegenüber den sozialdemokratischen Ablenkungsmanövern gilt es, klar und deutlich die wirklichen Ursachen für die Mordtat aufzudecken. Sie sind erstens begründet in der Erziehung der H ö r s i n g - J ü n g e r zu Stoßtrupps und Knüttelgardien gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Sie liegen begründet darin, daß die Stoßtrupps zum Teil bewaffnet nach Berlin zogen. Einem unserer Arbeiterkorrespondenten wurde von einem Sozialdemokraten, der sich über die Mordtat mit ihm aussprach, folgendes gesagt: „Die dummen Kerle haben sich solche Dörsche mitgebracht, weil sie glaubten, daß es gegen die Kommunisten geht.“ Nicht nur die Täter, sondern auch andere Reichsbannerleute waren bewaffnet. Wir stellen dies ausdrücklich fest und fragen: Was hat die Breslauer Polizei unternommen, um Waffenbesitz bei den antommenden Reichsbannerleuten, die der Tat t h m , der M i t t e l l e v e r d ä c h t i g w a r e n , s e t z j u s t e l l e n ?

Für die Arbeiter ganz Deutschlands ist die Mordtat von Sagan aber ein sehr deutlich sichtbares Zeichen für die Kampfmethoden und den Terror, den das revolutionäre Proletariat von den H ö r s i n g - G a r d i e n zu erwarten hat. Das ist die M e t h o d e d e s F a s c h i s m u s !

Stärkste Organisation der Gegenwehr, Bildung proletarischer Behörbände, das muß die Antwort sein, die die gesamte Arbeiterschaft auf den Reichsbannermord gibt.

Entschädigung der Befehlshaber, schreibt aber in ihrer letzten Nummer in fetten Ueberschriften: „Englands Truppen werden bis zum Jahresende zurückgezogen!“ Den Gipfelpunkt der bewußten Besorgung der Leser erstimmt das sozialdemokratische Blatt mit folgender Behauptung:

„Bei den Verhandlungen über die Rheinlandräumung hat sich gezeigt, daß Belgien in vollem Umfange den englischen Standpunkt teilt, wonach die Räumung des gesamten deutschen Gebietes bis Weihnachten vor sich gehen soll. England und Frankreich suchen eine Formel, die es der französischen Regierung ermöglicht, die öffentliche Meinung in Frankreich auf die vollständige Räumung vorzubereiten.“

Auf derselben Seite, auf der dieser verlogene Kommentar steht, bringt die „Volksmacht“ einen „eigenen Zunftbericht“ aus Paris, in dem mitgeteilt wird, daß Briand Fristen für die Räumung verlangt, die sich bis Oktober 1930 hinzuziehen würden. Den sozialdemokratischen Arbeitern bleibt nach dieser Information überlassen, was sie glauben wollen, ob — wie die „Volksmacht“ behauptet — die französische Regierung nur eine Formel sucht, um der Bevölkerung die Räumung schmackhaft zu machen, oder ob Briand die Räumung bis 1930 verzögern will.

Zur Reichsbannerbluttat

Nach ein vierter Beteiligter festgenommen

Ein vierter Beteiligter hat sich im Laufe des gestrigen Tages bei der Polizei noch selbst gestellt. Es handelt sich um den Arbeiter Herbert Malscharek, geb. 4. März 1911 zu Breslau, hier, Größener Straße 262, wohnhaft. Der Haupttäter Jaschel bleibt bei seinem Geständnis, das nach Lage der Sache unglaublich erscheint und auf dessen Darstellung wir noch zurückkommen werden.

Der Reichsbannerfahndel widerlegt

„Rote Fahne“ stellt ziffernmäßig die Pleite des Reichsbanners fest

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht heute eine genaue Aufstellung über die Größe der einzelnen Züge des Reichsbanners beim Aufmarsch am 11. August. Sowohl die Spitze des Zuges mit der Kapelle, dem Bundesvorstand, den Sportgruppen, wie die einzelnen Deputationen aus allen Gauen Deutschlands und allen größeren Städten, ebenso wie die österreichischen Schutzverbände sind genau nach Mitgliederzahlen gezählt. Die Zusammenfassung ergibt genau gerechnet 26 343 Mann. Der „Vorwärts“ ist auch bereits über die lässliche Beteiligung ganz kleinlaut geworden. Lediglich die SPD-Probingsprelle versucht noch, ihren Lesern sechsstelligen Ziffern vorzuführen. Die meisten Hälfter schreiben von 160 000, die „Münchener Post“ phantasiert sogar von 165 000. Wir werden morgen die genauen Zahlen aus der „Roten Fahne“ veröffentlichen, so daß die Arbeiter die tatsächlichen Ziffern mit den phantastischen Zügenberichten der sozialdemokratischen Presse vergleichen können.

Mussolinis Offiziere als Gäste sozialdemokratischer Staatsgrößen

Am 13. August ist in Kiel eine italienische Kriegsschiff-Delegation eingetroffen. Die Kriegsschiffe sind schon einige Monate für faschistische Propagandazwecke und zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion unterwegs, und waren zuletzt in Danzig.

Die sozialdemokratischen Staats- und Reichsbehörden haben selbstverständlich den faschistischen Offizieren einen großartigen Empfang vorbereitet. Der faschistische Admiral hat dem Stationschef der Marinestation der Offiziere einen Besuch abgestattet. Der Admiral wird auch vom sozialdemokratischen Oberpräsidenten K ü r b i s empfangen, und der Oberbürgermeister der Stadt Kiel bereitet einen festlichen Empfang vor. Ein Festessen, ein Ball, ein Bordfest, gemeinsame Ausflüge, sind vorgesehen. Der Admiral Mussolini wird mit seinem Stabe auch Berlin einen Besuch abstaten.

Kiel wird immer mehr zum Sammelpunkt derartiger Besuche, die die Kriegsschiffe der imperialistischen Staaten dem deutschen Imperialismus abstaten. Kiel, dieser wichtige Stützpunkt für alle Operationen gegen die Sowjetunion, ist wieder vollkommen kriegerisch gemacht worden. Unter der Maske prächtiger Paraden wird die imperialistische Kriegspolitik gegen die Sowjetunion vorbereitet.

Snowden, die Rheinlandräumung und die Sozialdemokratie

Die deutsche Delegation hat bei den Haager Verhandlungen eine peinliche Ueberrumpfung erlebt: die englischen Vertreter, auf die man (wegen ihrer Angriffe auf Frankreich) große Hoffnungen gesetzt hatte, überraschten vor drei Tagen, wie der „Vorwärts“ sich ausdrückt, Stresemann mit einer „peinlichen Zusatzforderung“: Deutschland soll die derzeitige Rheinlandräumung damit erlauben, daß es zumindest teilweise auf die ihm zustehenden Entschädigungen für durch die Besatzungsstruppen angerichtete Schäden und sonstige Unkosten verzichtet. Außerdem wird aber noch davon gesprochen, daß Deutschland — im Widerspruch zu den Bestimmungen des Young-Planes — noch über den 1. September hinaus den bisher üblichen Teil der Besatzungskosten trägt. Wie hoch die Summen sind, um die es sich da handelt, ist nicht klar festzustellen: manche Pressestimmen sprechen von dem relativ geringfügigen Betrag von 10 Millionen Mark — andere behaupten, daß die durch den Young-Plan erzielte Erleichterung gegenüber dem Dawes-Plan ernstlich beeinträchtigt werde. Jedenfalls muß noch ordentlich geblecht werden. Und es zeigt sich, daß der englische Imperialismus, auch wenn er durch eine „Arbeiterregierung“ vertreten wird, sich in dem Bestreben nach möglicher Ausplünderung des Schuldners in keiner Weise von dem französischen usw. unterscheidet. Vorläufig setzt man sich noch in Deutschland (betrübtlich, um möglichst billig davonzukommen) auf hohe Kopfe. Die „Germania“ vom 14. August erklärt: „Es kann jedenfalls nicht in Frage kommen, daß Deutschland die Beschleunigung der ohnehin längst fälligen Räumung noch durch besondere finanzielle Zugeständnisse erkaufte.“

Aber schon schreibt auch der Korrespondent des „Vorwärts“, daß die deutsche Delegation „je nach der Schnelligkeit der Räumung“ dieser neuen Alliiertenforderung auf dem Vergleichsweg entgegenkommen könne, kündigt also bereits ein Nachgeben an.

Mag der Betrag, um den es sich handelt, nun größer oder geringer sein — auf jeden Fall erlebt die deutsche Bourgeoisie eine ernste Enttäuschung. Bei allen „finanziellen“ Kämpfen im Haag handelt es sich weniger um die — absolut genommen recht unumwundenen — Geldsummen, sondern um die politische Stellungnahme, die dahinter steht. Und Hendersons Forderung wirkt wie eine laute Datsche auf die, die schon das deutsch-englische Bündnis unter den glänzendsten Bedingungen abgeschlossen haben. Besonders schmerzhaft ist aber die Sache für die Sozialdemokratie, deren englische Genossen nun ihr wahres Gesicht zeigen — und die sich als gute Deutsche verpflichtet fühlen, die „vaterländischen Interessen“ zu vertreten. Und so meint der „Vorwärts“: „Es wird in der deutschen Arbeiterschaft peinlich empfunden werden, daß die britische Arbeiterregierung in dieser Frage ebenso vorgeht, wie die Regierungen Frankreichs und Belgiens.“

Noch komplizierter aber als für den „Vorwärts“ liegt die Sache mit Snowden für seine „linken“ Parteigenossen, die die Aufgabe übernommen haben, alle Handlungen des englischen wie jedes anderen Reformismus „sozialistisch“ zu erklären. In der „Plauerer Volkszeitung“ vom 13. August bezeichnet Ernst Reinhardt: „Der gegen das Auftreten von Snowden gegen Frankreich (von dem gegen Deutschland wußte er zu seinem Glück noch nichts) als „einen Strich durch die Rechnung der Imperialisten“: „Die englische konservative Regierung, die gegenüber Amerika, Sowjetrußland und Ägypten eine imperialistische Politik verfolgte, habe es nötig gehabt, Frankreich, Italien usw. durch finanzielle Zugeständnisse als evtl. Bundesgenossen zu kaufen. — Die Arbeiterregierung aber, die „die imperialistischen Interessen der alten Regierung nicht mehr anerkennt“ und „ihre Methoden nicht mehr anwenden will“, die sich mit Amerika in der Flottenfrage verständigt, die Beziehungen zur Sowjetunion wieder herstellt, sich mit Ägypten verbündet — diese herrschaftliche aller Regierungen habe es nicht mehr nötig, den durch ihre Friedenspolitik unnütz gewordenen Soldaten auf Kosten englischer Steuerzahler „den Sold ausgetilgt“. Warum sollten Sozialisten darüber unglücklich sein.“

Daß Philipp Snowden den Mut hat, den schlimmsten imperialistischen Staaten Europas die Mittel wenigstens teilweise zu entziehen, mit denen sie ihre unumwundenen Rüstungspolitik betreiben“ und Reinhardt fordert den „Genossen Snowden“ auf, nur „seht daran zu halten“, also die Interessen der englischen Staatsklasse mit möglicher Energie zu vertreten. (Daß auch gegen Deutschland, einem nach sozialistischer Meinung nichtimperialistischen Staat, „festgehalten“ wurde, daran dachte Reinhardt nicht.)

Erst Reinhardt läßt sich nicht so leicht fangig machen. Daß die MacDonald-Regierung gar nicht daran denkt, die alte imperialistische Haltung zu liquidieren (und daran auch gar nicht denken kann), daß sie die Wiederannahme der Beziehungen zur Sowjetunion de facto sabotiert, das ist für ihn einfache kommunistische Verleumdung. Und daß Snowden bei seinem „sozialistischen“ und „antimperialistischen“ Eintreten für den englischen Staatsadel die Zustimmung aller englischen Parteien, einschließlich der (nach Reinhardt allein imperialistischen) Konservativen findet, das gibt dem guten „Linken“ nicht zu denken — aber besser gesagt, er will und

darf es nicht anerkennen. Die einfache und klare Tatsache, daß die englische Bourgeoisie es heute zweckmäßig findet, angesichts des herannahenden Krieges ihrer imperialistischen Politik den pazifistischen Mantel umzuhängen (um bei Kriegsausbruch als Unschuldslämmlin dazustehen), daß sie sich — wie andere Bourgeoisien auch — der Sozialdemokratie als einer im Augenblick besonders nützlichen Vertreterin ihrer Interessen bedient, und daß die englische „Arbeiterregierung“ (wie der einmütige Beifall der bürgerlichen Presse beweist) die Vertretung des englischen Imperialismus in energischer Weise durchführt, diese Tatsache wird von keinem Sozialdemokraten anerkannt werden können. Und darum die große Verlegenheit, wenn man nun (da man doch der eigenen Bourgeoisie zum Dienste verpflichtet ist) in Konflikt mit den Forderungen der englischen Genossen gerät.

Die deutschen und die englischen Arbeiter aber werden die Snowden, die Stämpfer und die Reinhardt als das erkennen und behandeln, was sie sind: als Agenten ihrer Ausbeuter, als Feinde der internationalen Arbeiterklasse.

Bezeichnend für die systematische Irreführung der SPD-Arbeiter durch die SPD-Presse ist die Haltung der „Volksmacht“. Sie berichtet keine Zeile über die Forderung der englischen Arbeiterregierung nach deutschem Verzicht auf die



Aus aller Welt

Schweres Eisenbahnunglück in Polen

III. Warschau, 14. August. Auf der Lodzer Eisenbahnhaltestelle Karolen Kiez infolge falscher Weichenstellung ein einfahrender Zug mit einem ankommenden Güterzug zusammen, wobei beide Lokomotiven sowie 19 Waggons ganz oder teilweise zertrümmert wurden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind acht Personen, und zwar ein Zugführer, zwei Maschinisten und fünf Soldaten getötet, sowie 16 Personen schwer verletzt worden. Da einige Wagen des Personenzuges, in dem sich ein Militärtransport befand, in Brand gerieten, befürchtet man, daß unter den verrosteten Trümmern noch einige Leichen begraben liegen.

Start des „Graf Zeppelin“ am 15. August, 4.30 Uhr

III. Hamburg, 14. August. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird am 15. August, morgens 4.30 Uhr, in Friedrichshafen zum Welfling nach Tokio starten.

Schwerer Steinbrucheinbruch bei Rom

Bisher 4 Leichen geborgen

III. Rom, 14. August. Am Tor di Quinto bei Rom ereignete sich ein folgenschwerer Steinbrucheinbruch. Etwa 150 Kubikmeter Steinmassen stürzten herab und begruben 6 Arbeiter unter sich. Bis in die Mittagsstunden gelang es, vier Leichen zu bergen. Die Sondergenue von Rom begaben sich sofort an die Unfallstelle, um bei den weiteren Rettungsarbeiten zugegen zu sein. An die betroffenen Familien wurden als sofortige Hilfe 7000 Lire verteilt.

Explosion eines beladenen Eisenbahnwagens

III. Rom, 14. August. Auf der Bahnstation von Prato bei Florenz explodierte ein Eisenbahnwagen, der mit Sauerstoffgasflaschen beladen war, mit ungeheurem Getöse. Die mit der Beladung beschäftigten Arbeiter ergriffen, von Entsetzen gepackt, die Flucht. Ein Lastträger mit einem Sauerstoffgasflask auf dem Rücken veränderte sich in eine Feuerfäule und starb sofort nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Das Feuer, das auf mehrere Wagen übergriff, konnte erst nach mehrstündiger Arbeit gelöscht werden.

Schiffszusammenstoß an der portugiesischen Küste. III. Lissabon, 14. August. Der spanische Frachtdampfer „Ca“ von 1300 Tonnen stieß auf dem Wege nach Frankreich bei Rocca mit einem portugiesischen Fischdampfer zusammen, der sofort unterging, ohne daß die Befragung gerettet werden konnte. Der Dampfer „Ca“ konnte trotz schwerer Beschädigung am Vordersteven mit eigener Kraft in Lissabon einlaufen. Der Name des Fischdampfers konnte noch nicht ermittelt werden.

Sechs japanische Generalstabsoffiziere abgeführt. — Fünf Tot-III. Tokio, 14. August. Ein vom Flugplatz Kasimagaaura am Wittenhochfeld zu einer Übung aufgestiegenes neues Bombenflugzeug des in Tokio stationierten 7. Bombenflugzeuggeschwaders stürzte mit sechs Generalstabsoffizieren in der Nähe des Flugplatzes ab. Vier Offiziere und der Flugzeugführer wurden getötet, zwei Offiziere schwer verletzt. Die Ursache des Absturzes steht noch nicht fest. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

„Land der Sowjets“ notgelandet. III. Peking, 14. August. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort ein Telegramm des Führers des Flugzeuges „Land der Sowjets“ eingetroffen, wonach das Flugzeug in der Steppe, etwa 80 Kilometer von Tschita entfernt, infolge Motorschaden notgelandet wurde. Von der Befragung ist niemand zu Schaden gekommen.

Schwarzrotgoldenes Fiasto auch im Reich

In Hamburg war die Verfassungsfeier, die am Sonnabend auf dem Rathausmarkt stattfand, eine große Pleite. Der Demonstrationzug zählte kaum 6000 Teilnehmer. Die spalterlebende Menge war viel kleiner als in vergangenen Jahren. Der Aufmarsch war von keinerlei Begeisterung getragen. Auch die indifferenten Arbeiter hatten sich von dem Verfassungstummel von der SPD nicht einfangen lassen. Von 12 000 organisierten Arbeiterportieren beteiligten sich am Umzuge ganze 600, von der SPD nur 1200.

Unter den Spalterbildenden befanden sich viele Arbeiter, die ihrem Unwillen über den Rummel Ausdruck gaben. An den verschiedensten Stellen erdachte es: „Nieder mit der kapitalistischen Verfassung! Es lebe Sowjet-Deutschland!“ Trotz der Gummitruppelattaden des starken Polizeiaufgebots kam es immer wieder zu Protestkundgebungen der Arbeiter, so daß der Fackelzug vielfach unterbrochen wurde und in Bewirrung geriet. Den Nationalsozialisten gegenüber, die auch Störungversuche unternahmten, benahmten sich Reichsbanner und Polizei außerordentlich höflich. Eine Reihe Arbeiter wurde verhaftet.

Die Kundgebung der Kommunistischen Partei in Düsseldorf gegen den Verfassungstummel stand im Zeichen des schärfsten polizeilichen Terrors. Ueberfallkommandos und Berittene machten Jagd auf antisozialistische Abzeichen. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet, und zwar auf besondere Anweisung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann. Die Massen sammelten sich nach der Kundgebung spontan zu einer ursprünglich nicht geplanten Demonstration, die von großer Begeisterung getragen war.

Die Beteiligung der Arbeiter am Verfassungstummel der SPD und der Bourgeoisie war fast Null, trotzdem die bürgerlichen Tageszeitungen und die sozialdemokratische „Volkszeitung“ wochenlang getrommelt hatten. Der Fackelzug erwies die zahlenmäßige Schwäche der SPD und des Reichsbanners in Düsseldorf. An der Demonstration beteiligten sich genau gezählt: 81 berittene Polizei, 624 geschlossene Formationen Polizeimannschaften, 314 Reichsbannerleute, insgesamt 2187 Personen. Das Klassenbewußte Proletariat lehnte, wie in den vergangenen Jahren, die Teilnahme am Verfassungstummel ab. Der Zug wurde außerdem wiederholt von der Arbeiterschaft mit „Nieder!“ empfangen.

Am Sonntag hatte der ADGB und die SPD ein Fest, „Fest der Arbeit“, ausgegeben, aber von den 30 000 Mitgliedern des ADGB beteiligten sich genau gezählt: 136 Radfahrer, 180 Jugendliche, 253 Sportler, 432 hinter dem Graphischen Kartell, 316 vom Holzarbeiterverband und noch wenige Hundert Männer und Frauen.

Bezeichnend ist, daß das Kartell den Antrag der SPD, zum Fackelzug am Sonnabend das Tambourcorps zu stellen, abgelehnt hat. An Stelle der Klassenbewußten Pfeifer und Trommler spielte das Schützenkönigs-Tambourcorps den SPD-Demonstranten zur Verfassung auf.

Der Verfassungstummel in Groß-Solingen war überall schief besucht. Selbst sozialdemokratische Arbeiter blieben fern und ließen die Fabrikanten und Beamten im Gehrock und Zylinder unter sich.

Der Verfassungstag in Köln war sowohl am Sonnabend wie am Sonntag eine große Pleite. Neben der Schupo, die abkommandiert worden war zur Demonstration, marschierten ganze 700 Mannschaften des Reichsbanners, der SAJ und der SPD auf, die überwiegende Mehrheit der SPD-Arbeiter beteiligte sich nicht. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu Gegenkundgebungen revolutionärer Arbeiter.

Eine Ueberraschung hatten Rote Frontkämpfer den Republikanern zugebracht. An einem Fabrikhornstein war eine riesige rote Fahne mit Abzeichen des RFB gehißt. Es war den Schwarzrotgoldenen den Sonntag über nicht möglich, die rote Fahne zu entfernen.

In Aachen war die Verfassungspleite noch größer. Der tägliche Aufmarsch wurde durch die Gegenkundgebungen der Arbeiter erdrückt und die Muff des Reichsbanners vom Massenfang der „Internationale“ zum Verstummen gebracht.

In Leipzig hatte es die sozialdemokratische Zeitung nicht gewagt, nach dem täglichen Reinfall, den sie mit dem Reichsbanner am 31. Juli erlitten hatte, eine besondere Veranstaltung zur Verfassung abzuhalten. Es fand nur eine gemeinsame Verfassungsfeier der Behörden in der Universität statt, an der die hohen Staatsfunktionäre der SPD mit den Vertretern der Großbourgeoisie gemeinsam teilnahmen.

Zum Siegesmarsch nach Berlin beteiligten sich von dem starken Reichsbanner in Leipzig einschließlich aller umliegenden Unterbezirke genau gezählt 420 Mann, einschließlich mitfahrender Frauen.

Das revolutionäre Proletariat veranstaltete am Sonntag im Borort Thelma ein rotes Volksfest. Von den frühen Morgenstunden an war der Ort vom Klassenbewußten Proletariat beherrscht.

In Magdeburg marschierte die revolutionäre Arbeiterschaft am Sonnabend gegen den Verfassungstummel, für die proletarische Diktatur auf. Ein großer Demonstrationzug formierte sich, der überall die Sympathie der proletarischen Bevölkerung erntete.

Der Aufmarsch des Reichsbanners war eine Pleite. Er dauerte mit anschließender Jugenddemonstration noch nicht einmal eine Viertelstunde. Die Verfassungsfeier am Sonntag waren wohlweislich in Vorortlokale gelegt, die bei gutem Wetter ohnehin mit Spaziergängern angefüllt sind. Der Verfassungstummel blieb eine künstliche Sache der Behörden, des kapitalistischen Staates, ohne innere Anteilnahme der Arbeiterbevölkerung.

Sonntag früh erfolgte die Abreise der Berlin-Fahrer. Der Ertrag sah nur 20 Waggons, die nicht nur vom Magdeburger Reichsbanner, sondern von allen Orten des Bezirks belegt wurden. Genau gezählt waren es keine 480 Mann, die das Reichsbanner in Magdeburg, dem Sitz des Bundesvorstandes, aufbrachte.

Der Verfassungstummel in Hannover verlief ohne Anteilnahme der Bevölkerung. Die Straßen zeigten das gewohnte Bild. Der öffentliche Rummel im Stadion war ein Sammelplatz der gut-linierten Bürger, an dem sich die Deutsche Turnerschaft, die Schutzpolizei, gemeinsam mit den reformistischen Sportorganisationen, ein

Stellbühnen gaben. Der Bluthund Kasse leierte unter dem Beifall der bürgerlichen Zuhörer seine Rede zunter. Die Roten Frontkämpfer hatten am Eingang des Stadions in Mischenlettern ihren Kampfgruß „Rot Front“ in unverwischbarer roter Farbe angebracht.

Die Mannheimer Schwarzrotgoldenen mußten ihre Verfassungsfeier nach dem Eingeständnis ihres Hauptredners unter der



Verfassungsfeier ohne Massen

1919 floh die Verfassung vor den werttätigen Berlinern. 1929 flohen die werttätigen Berliner vor der Verfassung.

Macdonald in Geberings Spuren

Hungerschiedspruch gegen die englischen Textilarbeiter? — Gewerkschaftsbürokratie fordert auf zur Wiederaufnahme der Arbeit

Der Ministerpräsident der englischen Arbeiterregierung, Macdonald hat am Sonnabend im Lohnkonflikt in der Textilindustrie von Lancashire „interweniert“. In einer Konferenz mit den Textilfabrikanten machte er „definitive Vorschläge zur Beilegung der Aussperrung“. Nach dem Muster im deutschen Nordwestkampf, den Gewerkschaften abwürgte, schlug Macdonald vor, daß der Streit einem Schiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden soll. Es ist klar, daß dieses Schiedsgericht die von den Unternehmern verlangte Lohnherabsetzung aussprechen wird. Außerdem sollen die Arbeiter jetzt schon in die Betriebe zurückkehren, damit sie der Willkür der Unternehmer preisgegeben sind.

Ministerpräsident Macdonald will die Vertreter der Gewerkschaften zu sich rufen, um so schnell wie möglich eine gemeinsame Konferenz der beiden Parteien stattfinden zu lassen. Macdonald selbst will auf dieser gemeinsamen Konferenz den Vorsitz übernehmen.

Nach einem achtstägigen Kampf der Textilarbeiter gegen die Lohnsenkungen haben die Gewerkschaftsführer die erste entscheidende Annäherung an die Unternehmer in die Wege geleitet, um ein Kom-

promie herbeizuführen. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Vertretern des Arbeitsministeriums, den Führern des Gewerkschaftskongresses, den Leitungen der Textilarbeitergewerkschaften, erklärten sich die letzteren einverstanden mit der Forderung der Unternehmer, die Lohnfrage einem Schiedsgericht zu übergeben.

Der Wohlfahrtsminister der Arbeiterregierung hat ein Rundschreiben an alle Behörden in Lancashire erlassen, in dem sie angewiesen werden, den streikenden Arbeitern jede Unterstützung zu verweigern. Diese Ausschungerungsmethode löst ungeheure Empörung unter den Arbeitern aus.

Inzwischen haben die Führer des Weberverbandes einen ersten effektiven Schritt unternommen, um die einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft zu spalten. Sie haben für die wenigen Betriebe, deren Unternehmer aus Konkurrenzgründen sich bereit erklärt haben, vorläufig zu den alten Bedingungen weiterarbeiten zu lassen, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit „empfohlen“.

Es zeugt von dem entschlosseneren Kampfwillen der englischen Textilarbeiter, daß sie es einmütig abgelehnt haben, der Parole der Gewerkschaftsbürokratie Folge zu leisten.

53 000 Erwerbslosen die Unterstützung entzogen!

Die amtlichen Berichte über den Stand des Arbeitsmarktes im Monat Juli weisen einen gewaltigen Rückgang der Unterstützungsempfänger auf. Während in der Erwerbslosenversicherung 10 000 Hauptunterstützungsempfänger weniger sind, als wie Ende Juli, sind durch die Preisverordnung Wiffells 53 000 Arbeitslosen unterstützungsempfänger ausgekürzt worden! Über 1 300 000 Arbeitslose konnten selbst in den Sommermonaten keine Arbeit erhalten. Im Gegenteil, aus verschiedenen Bezirken kommen alarmierende Nachrichten über Stilllegungen und Massenentlassungen. So ist in Halle die Erwerbslosenziffer auf über 5000 gestiegen. Das Leunawerk führt Stilllegungsverhandlungen, um annähernd 2000 Arbeiter entlassen zu können.

In Stettin sind Entlassungen in der Automobil-, Maschinenindustrie und einer großen Werft, im Landesbezirk Stettin im Holzgewerbe und anderen industriellen Betrieben vorgenommen worden.

Genauso wird aus Bremen ein Ansteigen der Erwerbslosenziffer im Metall- und Holzgewerbe gemeldet.

Im Bezirk Nordmark (Hamburg) stieg in der letzten Juliwoche die Zahl der männlichen Erwerbslosen um 1,4 Prozent auf rund 94 000.

Auch das Landesarbeitsamt Rheinland meldet für Ende Juli eine Zunahme der Erwerbslosen um 3100, bei gleichzeitiger Aussteuerung von 10 850 Unterstützungsempfängern. 30 Prozent mehr Bauarbeiter sind erwerbslos als wie im vergangenen Jahre. Für die Zeit vom 20. Juli bis 2. August sind 46 Stilllegungsanträge gestellt worden, wovon rund 4000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden.

Diese Zahlen sind ein deutliches Mahnungszeichen für die Arbeiter. Aller Voraussicht nach werden die nächsten Monate neue Massen-

entlassungen bringen. Wenn dann im Spätherbst und mit dem Beginn des Winters die Landarbeit und Bauarbeit aufhört, werden wir mit ähnlichen Verhältnissen wie im vergangenen Jahre zu rechnen haben, das heißt Millionen werden neuem Elend preisgegeben.

Deshalb darf man keinen Preis die Arbeitslosenunterstützung abgebaut werden. Es muß vielmehr um Erhöhung der Unterstützungssätze, entsprechend der gestiegenen Teuerung, gekämpft werden, außerdem müssen die Kräfte angespannt werden, um den Siebenstundentag zu erobern, damit dadurch ein Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingereicht werden kann.

Gieg der roten Arbeiterliste

Am 11. August fand auf der Grube Wählig bei Hohenmölsen des Barchen-Beißersfelder Braunkohlenreviers, die über 500 Mann Belegschaft zählt, die Betriebsratswahl statt. Die Liste der Opposition, der roten Betriebsräte, erhielt 8 Sitze, die gelbe Betriebsgewerkschaft nur einen. Bisher besaßen sich alle Mandate in den Händen der Betriebsgewerkschaft. Die Gewerkschaften hatten darauf verzichtet, eine Liste aufzustellen.

Die Spreu wird durch den Windstoß vom Weizen getrennt. Sieh zu, daß Du nicht bei der Parteisäuberung hinausfliegst.

Am 30. August Buchkontrolle

Gewerkschaftsbürokratie schafft „Einheitsverbände“

Was bedeutet der Polenke-Schumann-Berband?

Die sozialdemokratischen Führer des „Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes“, des „Deutschen Verkehrsverbandes“ und des „Verbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen“ verhandeln in letzter Zeit in beschleunigtem Tempo über eine Zusammenlegung der drei Verbände. Am 25. und 26. Juli 1920 haben die Delegierten der beteiligten Verbände getagt und dieser Verschmelzung zugestimmt. Am 8. und 9. Oktober 1920 sollen in Berlin die Verbandstagen stattfinden und die Zusammenlegung vollziehen. Wo dies möglich ist, soll eine Wahl der Delegierten zu den Verbandstagen umgangen werden. Eine Abstimmung über die Verschmelzung findet nicht statt. Die reformistischen Verbände führen schalten also die Mitglieder massen aus. Der Name dieser neuen Organisation soll lauten: „**Einheitsverbände der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen des Personen- und Warenverkehrs.**“

Würde nun durch diese Verschmelzung ein Industrieverband geschaffen, wie ihn die Kommunisten erstreben? Keineswegs! Zunächst wird durch die von der sozialdemokratischen Bürokratie beschlossene Verschmelzung vollständig der Grundlag misachtet: Ein Betrieb, ein Verband! Eine revolutionäre Betriebsorganisation vereinigt alle proletarischen Kräfte eines Betriebes, ob Holz- oder Metallarbeiter, ob Büroangestellte oder Transportarbeiter. Sie ist jene Organisationsform, die die Kampfkraft des Proletariats steigert. Eine solche, mit revolutionären Gewalten gefüllte Betriebsorganisation kann nicht das Resultat von reformistischen Verschmelzungsverhandlungen oder einer formellen Zusammenlegung von Berufsverbänden sein. Die Reformisten haben sich schon in den Zeiten der Monarchie, in denen sie noch nicht in diesem Abhängigkeitsverhältnis zum kapitalistischen Staat standen, wie heute, gegen Industrieverbände auf revolutionärer Grundlage gewehrt. Seit dem allgemeinen Arbeiterkongress im Jahre 1908 in Berlin besaßen sich fast alle Gewerkschaftskongresse mit dem Problem des Industrieverbandes. Das Ergebnis waren die Berufsverbände. Noch im Jahre 1920 erklärten die Reformisten auf dem Gewerkschaftskongress in Breslau durch Graßmann, daß die auf Vorstoß der Metallarbeiter durch den Gewerkschaftskongress im Jahre 1922 in Leipzig beschlossene „Schaffung von Industrieverbänden mit zusammengefaßter Arbeiterschaft“ nicht durchführbar sei. Diesem Standpunkt schloß sich u. a. die reformistische Führung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes an.

Weshalb beschäftigt nun die Gewerkschaftsbürokratie die Zusammenlegung verschiedener Berufsverbände? Die Abwürgung der Wirtschaftskämpfe der Arbeiter durch die Reformisten, im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft die zunehmende Rebellion der Arbeitermassen gegen die kapitalistische Ausbeutung, die die Gewerkschaftsbürokratie mit dem Hinauswurf der revolutionären Gewerkschaftsopposition aus den Gewerkschaften beantwortet, zwingt die Gewerkschaftsbürokratie zu einer Konzentration des reformistischen Gewerkschaftsapparates. Nicht Hebung der Kampfkraft der Arbeiter, sondern ihre Schwächung, nicht Verbesserung der Lebenslage, sondern eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, ist durch diese Verschmelzung beabsichtigt. Das verkündet die Gewerkschaftsbürokratie ganz offen durch ihren Sprecher Polenke:

„Wir (die Gewerkschaftsbürokraten) sind bereit, die durch unsere Tätigkeit in den Verwaltungen und Betrieben erworbenen Kenntnisse positiv anzuwenden... nicht etwa vom Standpunkt des Interesses der Arbeiter im besonderen, sondern wir werden sehr wohl jederzeit abwägen müssen, zwischen den Interessen der Kollegen und der allgemeinen Volkswohlfahrt, die stets entscheidend sein muß.“

Das sagt Polenke wörtlich. Nun, die Klassenbewußten Arbeiter kennen diese „Volkswohlfahrt“. Es ist eine Volkswohlfahrt der kapitalistischen Republik, die die Preise für den täglichen Bedarf verteuert, die das Kapital unerhörte Profite schluden läßt und die durch den Sozialdemokraten Wiffell mit Hungergrößenprüchen miserablen Löhne, eine Sklavenarbeitszeit und jahrelange Karrieren verweigert. Jene Volkswohlfahrt, die durch den Sozialdemokraten Wiffell den entseelten Arbeiterfamilien das letzte Stückchen Brot vom Tische raubt, und die durch den Sozialdemokraten Hildebrand den Steuerraub am Proletariat zur Bereicherung der Bourgeoisie vollzieht. Dieser „Volkswohlfahrt“ wird also die Gewerkschaftsbürokratie nach eigenem Bekenntnis nach wie vor die Interessen der Arbeiterklasse unterordnen.

Die Zusammenlegung der drei Verbände, die vornehmlich die Arbeiterschaft in den Gemeinde-, Staats- und Reichsbetrieben erfassen soll, hat aber auch noch eine andere Bedeutung. Das Verwachsen der reformistischen Gewerkschaftspitzen mit dem bürgerlichen Staat verpflichtet die Gewerkschaftsbürokratie insbesondere, die am Brot und Freiheit gegen den Staat aufmarschierende Arbeiterschaft, die in den bürgerlichen Betrieben gegen die kapitalistische Ausbeutung rebellierenden Arbeitermassen, im Bunde mit dem Staat und der Trustbourgeoisie mit konzentrierten Kräften zu bekämpfen. Die Verleumdung der Arbeiter nimmt zu, die laufenden Lohnkämpfe mit ihren unzähligen Gruppen sollen die Arbeiter gegeneinander auspielen. Durch papiernen, lächerliche „Aufgehaltsordnungen“, glauben die Behörden, ihre Arbeiter beschäftigen zu können. Mit einer „Zwangsversicherung“, die sich die Gewerkschaftsmitglieder durch hohe Beiträge selbst bezahlen müssen, will die Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaftsbesitzer für die imperialistischen Verschmelzungszwecke lockern und andererseits den bürgerlichen Staat seiner wahren Vorkriegszweckmäßigkeit gegenüber den Arbeitern erbinden. Die Gats der Romanen, des Staates und des Reiches sind abgesehen auf Entlassung, Lohnkämpfe, angepaßte Arbeitsleistung und lange Arbeitszeit, auf eine verschärfte Nationalisierung in den Betrieben. Daran knüpft nun die Gewerkschaftsbürokratie an und verhängt der Bourgeoisie ihr Verbrechen, die „Klasseninteressen der Arbeiter den Klasseninteressen der Großbourgeoisie“ unterzuordnen. Ihre sozialimperialistische Konzentration verbindet also die Gewerkschaftsbürokratie mit einem niederknülligen Feind gegen die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Nicht zuletzt ist die beabsichtigte Verschmelzung der drei Verbände eine Stärkung der Bürokratie im Hinblick auf den kommenden imperialistischen Krieg, den ja die sozialdemokratische Bürokratie unterstützen wird. Die in den Gemeinde-, Staats- und Verkehrsbetrieben beschäftigten Arbeiter sind für die Durchführung eines imperialistischen Krieges außerordentlich wichtig, deshalb sollen diese Arbeiter unter einem besonders starken Druck der Gewerkschaftsbürokratie gestellt werden.

Aus all diesen Gründen ist die beabsichtigte Verschmelzung der drei Verbände in der von der Bürokratie geplanten Form keine fort-

schrittliche Maßnahme. Die Bürokratie will nur den Arbeitern einen schmerzlichen Fortschritt vorkaufeln. Die klassenbewußten Arbeiter der betreffenden Verbände müssen daher diese Verschmelzung ablehnen.

Die Sportbewegung in Ägypten

Ägypten ist eines der in ökonomischer Beziehung vorgeschrittenen Länder des Orients und besitzt eine ziemlich starke und zahlreiche Bourgeoisie, wie auch die bürgerliche Sportbewegung ziemlich stark entwickelt ist. Auf 14 bis 15 Millionen Einwohner kommen circa 200 000 Mitglieder bürgerlicher Sportorganisationen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß nur die städtische Bevölkerung, circa 1 1/2 Millionen Menschen, die Möglichkeit besitzt, Sport zu treiben. Der übrige Teil der Bevölkerung, die Fellachen (Bauern), Viehzüchter (die teilweise Nomadenleben führen, aber doch nicht reine Nomaden sind), treibt

keinen Sport. Die Sportbewegung ist besonders in Alexandria, Kairo und in Port Said entwickelt. In Alexandria befinden sich die stärksten Sportklubs: „Olympia“, „Ittyhat“ (Einheit), und „Schatt“ (Mitglieder der letzteren sind in Alexandria ansässige Griechen). Die bürgerliche Sportbewegung ist organisierte Zusammenschluß durch das ägyptische Olympia-Komitee, dessen Schirmherr der Bruder des Königs, Rasid-Pasha ist. Nur die stärksten und großen Klubs gehören dem Olympia-Komitee, dieser Filiale des Internationalen Olympia-Komitees, an. Die kleineren Klubs, jene, die gute Leistungen in einzelnen Sportarten nicht aufweisen können, sind dem Komitee nicht angeschlossen und werden gar nicht aufgenommen. Zwischen diesen der Vereinigung angehörenden und den „Wilden“ Klubs tobt ein ununterbrochener Kampf um die staatliche Unterstützung, die Zuweisung von Sportplätzen usw. Die Hauptmasse der Mitglieder der bürgerlichen Sportklubs Ägyptens setzt sich aus Studenten und Angestellten zusammen. Vom Sport wird Fußball und Schwertkampf, und davon hauptsächlich Boxen und Ringen, getrieben. In sporttechnischer Beziehung ist die Sportbewegung Ägyptens ziemlich stark. So belegte z. B. im Schwertkampf auf der Amsterdamer Internationale im Jahre 1928 Ägypten den ersten Platz. Auch die Fußballmannschaft Ägyptens ist nicht zu unterschätzen, die im Jahre 1927 eine große Auslandsreise durch die Türkei, die Balkanländer und eine Reihe anderer europäischer Staaten mit großem Erfolge durchführte. Eine Arbeiter-Sportbewegung besteht in Ägypten fast nicht, abgesehen von einem Klub der Eisenbahnarbeiter in Kairo mit 300 Mitgliedern, und zahlenmäßig schwachen Klubs in Saggaf, in der Nähe Kairo.

A r b e i t e r s p o r t

Der Arbeiter-Sportklub Döbern in Breslau

Die Fußball-Abteilung West der Freien Turnerschaft Breslau begehrt im Rahmen des Vereins-Sportfestes am 26. August im Stadion ihr jährliches Fest. Als Höhepunkt der Gesamtveranstaltung findet ein Fußballwettkampf zwischen Sportklub Döbern und West statt. Döbern war der Endspielgegner um die Bundesmeisterschaft. Nach einem dramatischen Kampfe verloren sie gegen Vorbeert-Hamburg 5 : 4. Alles Nähere kommt noch in der Presse.

Das Länderpiel Österreich-Deutschland am 8. September in der Schieferlampbahn des Breslauer Stadions gesichert!

Wie die Bundesfußballleitung mitteilt, ist das Spiel der Ländermannschaften gesichert. Damit findet zum allerersten Male in Breslau ein Wettkampf zweier Auswahlmannschaften des Arbeiter-Fußballsportes statt. Das Spiel wird auf sämtliche deutschen und österreichischen Sender übertragen. Man beachte in der folgenden Zeit die Presse.

Zum Vereins-Sportfest der Freien Turnerschaft Breslau e. B. am 25. August in der Wagner-Kampfbahn Stadion Verbeutzel

Und wieder ist die Zeit gekommen, in der wir im Rahmen eines großen Sportfestes an alle organisierten Arbeiter Breslaus appellieren. Kein Saal, keine ungeheure Stätte, sondern die schöne Wagner-Kampfbahn ist der Schauplatz, der unsere Sportler zu friedlichem Kampfe vereint, der ihre Leistungsfähigkeit in ihren verschiedensten Abteilungen zeigt. Unsere sehr im Aufstieg begriffene Leichtathletikbewegung hat in unseren Mauern und auch darüber hinaus einen guten Klang. Waren schon die vergangenen Veranstaltungen ein schlagender Beweis, so wird es diesmal um so stärker hervor treten, denn eifriges Training garantiert einen besonderen Erfolg. Aber auch die Konkurrenz innerhalb unserer Abteilungen ist nicht unbedeutend und dürften Überraschungen gar nicht vermindern. Unser Sportfest ist ein Volksfest, dem nichts als ein sonniger Tag zu wünschen ist. Allen ist Rechnung getragen: dem Leistungssportler, der breiten Masse und in diesem Sinne auch den Zuschauern. Wir bitten die Breslauer Arbeiterschaft, innerhalb ihres Kreises für unseren Arbeiter-Sport und insbesondere für unser Sportfest zu werden und schon heute die Parole gelten zu lassen: Am 25. August nachmittags zum Sportfest der Freien Turnerschaft Breslau im Stadion!

Fußballpartie: Verhandlungsausschuß

Ladungen für den 19. August 1929
20 Uhr: Vereinsvertreter Union und 1924 (Einspruch), dazu beide Spielführer, Schiedsrichter Neumann (Falk). Jengen stellen die Vereinsseite. — 20,30 Uhr: Vereinsvertreter FSB und Hundsbeld (Einspruch), dazu beide Spielführer, Schiedsrichter Neumann (Falk). 20,45 Uhr: Köpfer, Herzog, Lechner, Reizig, Luch, Lechner Alf., Mejer, Franke, Grober, Schars, Pöger, sämtlich von Falk, dazu Schiedsrichter Grabisch, Quarg und Wagner (West). — 21 Uhr: Erich Jänich (Vorwärts), dazu Schiedsrichter Jahn (Union). — 21,15 Uhr: Stübale, Franke Otto (Fr. Sportfreunde), dazu Schiedsrichter Bunte. 21,30 Uhr: Karwowski (Hertha), dazu Schiedsrichter Genarsch. — 21,45 Uhr: Herbst Rudolf (Wf.), dazu Willi Surek (Union).

Freie Sportfreunde. Allen Brüdern zur Kenntnis, daß Anträgen geschäftlichen Inhalts an den 1. Vorsitzenden, Max Böhl, Arfulinerstraße 15, und sportlichen Inhalts an Willi Kamelle, Bärenstraße 30, zu senden sind.

1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau e. B. Dienstag, den 20. 8., findet um 20 Uhr bei Genossen Paul Kapf, Weinstraße 88, die Vorstandssitzung statt. Alle Fröhreiausschüsse sind dazu eingeladen.

Kraftsportvereinigung West 21. (Berichtigung.) Die körperlich überlegene Kraftsportvereinigung West konnte bei ihrem Mannschäftskampf gegen die Waldenburger Ringer die Punkte für sich verzeichnen, und zwar in der Vorrunde 7 1/2 zu 6 1/2 Punkte und in der Rückrunde 8 zu 6 Punkte. Gesamtergebnis gleich 15 1/2 zu 12 1/2 Punkte.

Berichterstatter-Kursus. Am Donnerstag, dem 22. August, findet um 19 Uhr bei Hanke, Leuthenstraße 34/36, ein Berichterstatter-Kursus statt. Zu einem besseren Ausbau einer Berichterstatterung im Handball ist es notwendig, daß jede Abteilung der FSB. und jeder Verein einen Genossen zu diesem Kursus delegiert.

Achtung! Vereine und Abteilungen! Die Mannschäftsmeldung zur neuen Serie im Handball wird durch den Bundesgenossen Paul Gniefer, Berliner Straße 88, erledigt.

Das Schwimmfest, von dem wir am Montag unter Freiburg berichteten, wurde in Schwaidnitz veranstaltet.

Arbeiter-Klub- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“, Sonntag 8. Am 18. August wird laut Jahresprogramm das Geschichtsfahrten der Motorradfahrer auf dem Sportplatz Gohl, Breslau-Gandau, abgehalten. Um allen Motorradfahrern ein gefälliges Zusammenreffen zu geben, ist diese Veranstaltung programmäßig zusammengestellt. Sämtliche auswärtigen Fahrer treffen samstags in Breslau ein und sammeln sich im Lokal der Motorradfahrer-Abteilung, Friedrich-Wilhelm-Straße 32, mit ihren Maschinen. Fahrer, die vor der Stadt abgeholt werden wollen, werden dieses umgehend mit Zeitangabe an Arthur Frischke, Breslau, Neuborische Straße 88, Hüttenhaus, parierte. Mittags 1 Uhr gemeinsame Abfahrt

vom Ring nach dem Sportplatz Gandau. Dazu ist Blumenstrauß erwünscht. Von 1/2 3 Uhr ab Geschichtsfahrten. Die Meldung dazu hat nach Ankunft auf dem Sportplatz zu erfolgen. Meldebett 20 Pf. Die Bestimmungen über das Fahren erhält jeder Fahrer am Startplatz. Eingeleitet wird die Veranstaltung mit einem Reigen der Breslauer Motorradfahrer. Diese Motorradfahrer-Veranstaltung verpflichtet ein heiterer Nachmittag für die Bewerber sowie für das zuschauende Publikum zu werden. Deshalb, ihr Motorradfahrer des Gaus 8, kommt mit Vollgas zum Geschichtsfahrten am Sonntag, dem 18. August, nach Breslau. Ihr werdet bestrahlt nach Hause fahren. — Der Gau-Sportauschuß.

Unser Bahnradrennen findet nicht am 15. September, sondern schon am 1. September, 15 Uhr, auf der Rennbahn in Breslau-Billental statt. Als Hauptnummer bringen wir einen Städtelampf Berlin, Dresden, Bries, Breslau, wozu wir hervorragende Fahrer verpflichtet haben, und zwar Nische, Schlumm (Berlin), Richter, Helas (Dresden), Berner, Baier (Brieg) und Schniottalla, Witter (Breslau). Diese Fahrer starten in einem Hauptfahren, Zeitfahren, Punktefahren und Verfolgungskennen. In einem Stunden-Mannschäftsfahren mit Abführung nach Sechstagerart starten folgende Mannschäften: Nische-Schlumm, Berlin, Richter-Helas, Dresden, Baier-Nische, Brieg, Stod-Seela, Delz, Witter-Sauer, Breslau, Schniottalla-Frenzel, Breslau, A. Klein-Berfide, Stabelow, F. Klein-Zwirner, Stabelow, ferner unser zweifacher Gaumelher Fritz Berner, Scheibewitz bei Brieg, der noch einen Partner erhält. Für die übrigen Fahrer der Hauptklasse ist ein 2- und 5-Kilometer-Hauptfahren reserviert; auch für unseren Nachwuchs, die Jugend, welche immer recht interessante Rennen fährt, sind zwei Rennen reserviert; auch für die Altersfahrer ist ein Rennen vorgesehen. Meldungen zu diesen Rennen sind bis 20. August an Genossen Lorenz, Breslau, Nordstraße 32, zu richten. Startgeld beträgt für Haupt- und Altersklasse 1 Mark, für Jugendliche 50 Pf., welches beim Start zu entrichten ist und bei Rückgabe der Rückennummer zurückgezahlt wird.

Waldenburger Ringer in Breslau

Den Vertretern des Waldenburger Bezirkes war es infolge der schweren Grubenkatastrophe nicht möglich, die vorgesehene Städte-Mannschäft zu entsenden. Dafür kam der Kraftsportverein Sandow-Dittersbach zum Freundschaftskampfe nach Breslau, und zwar trat er gegen West 21 und 1897 an. Vorführungen der Frauen-Abteilung West 21 leiteten am Sonnabend in Hoffmanns Festhale in Pöpelwitz die Begegnung Sandow-Dittersbach mit West 21 ein. Sämtliche Waldenburger Ringer waren Bergarbeiter, körperlich zwar etwas im Vorteil, konnten aber gegen die technisch besseren Breslauer nicht aufkommen. Etwas mehr Disziplin wäre am Platze gewesen.

Die Freie Sportvereinigung 1897 hatte ihre Begegnung mit Sandow-Dittersbach im Rahmen eines Gartenfestes im Bergteiler. Kombinierte Freilübungen der Schüler und Schülerinnen waren der Auftakt, denen schwedische Gewichtübungen folgten. Die Artisten der Vereinigung brachten wirkungsvolle Schaunummern. Jujitsu-Demonstrationen sowie ein Jujitsu-Ringkampf zwischen Genossen Schubert und Dorf, welcher unentschieden endete, vervollständigten ebenfalls das Programm.

Handball

Am 18. August steigt die Kreismeisterschaft im Fußball. Beteiligt sind daran der mehrmalige Kreismeister Benzig (Oberlauf), Wf. Brieg und der mehrmalige Bezirksmeister aus dem 4. Bezirk, Weißstein. Die Pflichtspiele trägt die Freie Turnerschaft Breslau, 7. Wt., aus. Die Vorrundenspiele steigen vormittags im Eichenpark, um 10 Uhr. Das Endspiel steigt nachmittags um 3 Uhr auf dem Hinkel-Hofmann-Platz in Breslau-Mochbern. Nach dem Endspiel findet ein Handballspiel Städte-Mannschäft gegen Auswahlmannschäft statt. Anlässlich der großen Spiele herrscht für den ganzen Tag Spielverbot. Die Aufstellung der Mannschaften ist folgende:

Städte-Mannschäft:
Mose (7. Wt.)
Gniefer (7. Wt.) Wschapp (5. Wt.)
Witt (7. Wt.) Schmalch R. (M.) Knothe O. (M.)
Schulz Dirschel Knothe R. Gniefer B. Wschöpe
(5. Wt.) (5. Wt.) (M.) (7. Wt.) (M.)
Erfolg: Stache (1. Wt.)

Auswahlmannschäft:
Jüfel Jüngling Bialas Laße Ruffer
(6. Wt.) (Sand.) (7. Wt.) (Sand.) (M.)
Kenschin (1925) Günzel (1. Wt.) Batschil (Pol.)
Jäschke (M.) Müller (6. Wt.)
Gewiese (Wf.)

Erfolg: Knothe B. (M.) und Jauler (1. Wt.)

Jeder Spieler hat schwarze Hufe mitzubringen. Ordner zu diesen Spielen stellen Frische, Mochbern und 2. Abteilung.

Laut Beschluß der letzten Spielerschlußung beginnt die Serie am 15. September. Meldebett dafür ist der 24. August. Vollmannschaften zahlen an Kopfsteuer pro Spieler 40 Pf., Jugend 20 Pf. Außerdem sind für Vollmannschaften 20 Pf., Jugend 10 Pf., für Mannschäftsmeldungen zu zahlen. Die Mannschäftsmeldungsmulare zur neuen Serie sind in der Sportzentrale zu haben.

Ein Brief an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, in dem der Uebertritt von 22 „Kommunisten“ zur SPD. angeündigt wird

Breslau, 15. August.

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen den Drohbrief eines Reichsbannermannes, in dem Gewalttätigkeiten gegen Kommunisten als Antwort auf ihre Agitation gegen den Verfassungsfesttag angeündigt waren...

Front! Gebrüder Mehr und kommunistische Mitglieder des Oberlots. Wir haben festgestellt, daß diese angeführten Gebrüder Mehr nicht Mitglieder der kommunistischen Partei sind und waren...

Immer noch Stodprügel in den Volksschulen

Lehrer Lorenz, der Schreien der 22. katholischen Mädchenschule. Trotz aller Erlasse wird in Breslauer Volksschulen immer noch geprügelt. Da ist z. B. in der katholischen Mädchenschule 22, Zöglinge, ein Lehrer Lorenz der Schreien seiner Klasse. Er prügelte gestern fast alle Schülerinnen, darunter 12jährige, mit dem Rohrstock...

Es gibt leider viele Arbeitereltern, die aus Angst davor, daß ihr Kind nicht verprügelt wird, es ablehnen, sich über Prügelhelden zu schlagen einen Lorenz zu beschweren, und die sich dadurch mit...

Er will sich Mühe geben

Der neue Polizeipräsident Tschick gab bei seiner Antrittsrede u. a. folgende Sätze zum Besten: Ich werde mir Mühe geben, daß in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen — Objektivität und Unparteilichkeit, ein warmes Herz für unsere Mitmenschen und tiefes soziales Verständnis müssen uns leiten...

Es wird weiter gepumpt

Wie gemeldet wird, beabsichtigt die Stadt Breslau die Beschaffung neuer Geldmittel durch Ausgabe von 8 prozentigen Schatzanweisungen mit 3 1/2 jähriger Laufzeit. Es wird ein Betrag von mindestens 16 Millionen Reichsmark in Frage kommen.

Wieder eine Pleite. Die Firma Henschel & Riese Nachf., Kurzwaren in groß, Breslau, hat ihre Zahlungen eingestellt.

Wer ist die Kindesmutter? Am 13. d. M., gegen 9,15 Uhr, wurde aus der Ober, am Strandbad „Nord“, Hähfeldweg, ein 35 bis 37 Zentimeter langer Fötus weiblichen Geschlechts geboren.

In der Badeanstalt an der Burgstraße ertrunken ist gestern gegen 18,30 Uhr die Hausdostochter Käthe Münch, Glogauer Straße 9.

Selbstmord auf den Schienen. Auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Breslau, unmittelbar vor dem Hauptbahnhof, wurde heute 6 Uhr eine männliche Leiche auf dem rechten Schienengleis liegend gefunden. Die Leiche war mit dunkelgrauem Anzug mit feinen roten Streifen in Karoform besetzt, und zwar nur mit Hose und Weste, weißblau gestreiftes Hemd, darunter Unterziehhemd aus weißem Tricot mit roten Streifen, hellgraue Strümpfe ohne Schuhe, Kopfbedeckung fehlte ebenfalls...

„Das neue Rußland“ im Bild

SPD. Säch. Heute 20 Uhr im Lokal „Eisenkönig“, Holsteistraße, und morgen (Freitag) 20 Uhr im Lokal Junke, Jostenstraße 12, findet ein Lichtbildvortrag über „Das neue Rußland“ statt.

Eine öffentliche Versammlung

für den Stadtteil Scheitnig findet morgen (Freitag) bei Melzig, Wierstraße, statt.

„Die Gründung einer Arbeiterwehr“

steht auf der Tagesordnung. Arbeiter und Jungarbeiter, findet auch zahlreich ein!

Von der kaiserlichen Marktverwaltung sind im Juli ein Motor-Spreng- und Spülmwagen mit Feuerlösch- und Anlaufvorrichtung sowie ein Motor-Strassenprengwagen und im August drei Großraum-Müllwagen in Betrieb genommen worden.

Strassenperrung. Wegen Ausführung von Pflasterarbeiten wird die Steinauer Straße von der Sprottauer Straße von sofort ab bis 27. 8. für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt.

Neue Straßen. In der Siedlung Breslau-Schwolffsch werden nachstehende Straßen wie folgt benannt: die in südöstlicher Richtung von der Flutmuldenbrücke nach Drachendrunn führende Straße, und zwar bis zur Stadtgrenze „Drachendrunner Straße“; die vom Bildschüler Wege abzweigende, ebenfalls in südöstlicher Richtung bis zur Stadtgrenze verlaufende Straße „Am Senigberg“; die diese und die Drachendrunner Straße verbindende Straße „Am Stenzelberg“; die von dieser in nördlicher Richtung parallel mit der Eisenbahnstrecke verlaufende Straße „Am Schlagfließ“; die von der Straße „Am Stenzelberg“ abzweigende, in südöstlicher Richtung zur Stadtgrenze führende Straße „Am Rodeland“; die ebenfalls an der Straße „Am Stenzelberg“ abzweigende, wie die Straße „Am Rodeland“ zunächst zur Stadtgrenze führende, an dieser jedoch nach Süden abliegende und in die Drachendrunner Straße einmündende Straße „Am schwarzen Gewende“.

Jungarbeiter rüstet zum 15. Internationalen Jugendtag am 31. August und 1. September in Waldenburg

russischen Beispiel und behaupteten, daß es in der Nacht des Volkes liege, die Galgenkomödie in Wirklichkeit zu verwandeln. Das Volk verjage sie nicht, sondern höre ihnen aufmerksam zu. Stellenweise tomene es geradezu zu gefährlichen Zustimmungsumgebungen und Hochrufen auf die russische Revolution. Die Polizei, der die Waffenbenutzung verboten war, sei ohnmächtig, und der Polizeipräsident hätte um Wiederrufung des Waffenverbotes. Einige Schußleute seien verhaften worden, eine Anzahl von ihnen entkauft, die Gefahr sei groß und schnelles Einschreiten notwendig.

Mittelschlesien

Strehlen. Jugendwanderfahrt der Arbeiter-Radsfahrer. Am Sonnabend veranstaltete der Gau 8 des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes „Solidarität“ eine Jugendwanderfahrt nach dem Rummelsberg. Gegen 22 Uhr trafen die roten Radler in Strehlen ein und wurden durch die Schwesternkapelle des Arbeiter-Musikvereins empfangen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Zentrum und Nates Gschwaber. Freitag 20 Uhr bei Urndt, Malergasse 27, kombinierte Versammlung. Thema: Das Antikriegsangebot der SPD. ... Kommunistischer Jugendverband: Gruppe Dk. Donnerstag 20 Uhr Gruppenabend im „Wesfischhof“.

ANNA IVAN OLBRACHT Das Mädchen vom Lande DER ROMAN EINER ARBEITERIN Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Fabrikalen und ihren Ambossen, zwischen den Siemensöfen und den Kohlenlagern gingen die Meinungen der Begeisterten und der Zweifler, ging Begehrung und Unwissenheit hin und her. An den Drohbänken, Sägen, an den Härberelischen, an den Bohren, an den Defen, an den Wottischen besuchten sich die Arbeiter, um zu debattieren, zu verspotten und zuzustimmen. Ingenieure und Meister blieben stehen, um ein paar Worte mitzureden. Die Weber schrien sich beim Gebrüll der Wehstühle neue Nachrichten ins Ohr, und die Mädchen in den Expeditionen und Packräumen, die mit stinken Fingern Papier und Stanniol ballten, kümmerten sich mehr darum, welcher Partei Rosa's neuer Freund angehörte, und fragten weniger danach, ob er brünett oder blond war.

Waldenburger Bergland

An alle Ortsgruppen des RSD. Schlefien

Teilnehmer, Zahl und Ankunftszeit der Ortsgruppen zum 15. Internationalen Jugendtag in Waldenburg sind bis 25. August an die BZ. und den Genossen Hermann Menzel, Ober-Waldenburg, Kirchstraße 36, zu melden.

„Deutschland, Deutschland über alles!“

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir einen Bericht über die Ausweisung eines Arbeiters aus Wärsdorf aus Deutschland. Die Ausweisung geschah auf Betreiben des Amtsvorstehers Dade. Heute gehen uns weitere Mitteilungen zu, die Herr Dade und die haarsträubenden Zustände in der Gemeinde charakterisieren.

Als im vergangenen Jahre die Arbeiter in Wärsdorf eine Veranstaltung am Sonnabend machten, sollten sie bereits um 24 Uhr Schluss machen. Die Bürgerlichen jedoch konnten ihr Vergnügen bis frühmorgens ausdehnen.

Zur Feier des ersten Stiftungsfestes der Arbeiter in Wärsdorf hatte man sechs Landjäger abkommandiert. Diese wollten den Radfahrern verbieten, mit aufgerolltem Banner zu demonstrieren. Auch wollten sie den aus Schweden kommenden Jugendgenossen eine rote Fahne wegnehmen. Ihr Vorhaben ist allerdings an dem Widerstand der Arbeiter gescheitert.

In der Gemeinde war früher ein Arbeiter namens Will Thiel anständig. Er wurde arbeitslos. Da ihm zu 26 Wochen vier Tage fehlten, erhielt er keine Unterstützung. Einen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung hatte er nicht gestellt, da seine Frau in die Fabrik ging. Erst als die Frau nach zwölf Wochen entlassen wurde, sah er sich gezwungen, sich an das Wohlfahrtsamt zu wenden. Der Antrag wurde von der Gemeindeverwaltung abgelehnt. In seiner Verzweiflung schrieb der Arbeiter an das Wohlfahrtsamt, daß er gezwungen sei, seine

Kinder in die Kasse zu werfen.

Das half. Er bekam sofort Unterstützung, wurde aber zum bestgehabten Manne teils der Wärsdorfer Polizei. Man kündigte der Familie die Wohnung und drohte mit gewaltsamer Räumung, falls er nicht freiwillig binnen 14 Tagen ausziehe. Diefem Angriff war der Arbeiter doch nicht gewachsen. Er wanderte aus. Die Frau ist noch in Wärsdorf und wohnt in der alten Wohnung. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kündigung der Wohnung lediglich ein Machtwort war.

Der Arbeiter Hermann Braun er geht seit etwa neun Wochen stempeln. Auf Vermittelung des Arbeitsamtes sollte er nun in einer Neubauer Grube Arbeit annehmen. Da der Arbeiter verheiratet ist und demzufolge bei Annahme der Arbeit einen doppelten Haushalt führen müßte, und außerdem einen Bruch hat, weigerte er sich, auf die Grube zu gehen. Als er sagte, daß es ihm ebenso gehen könnte, wie den Bergleuten in Wärsdorf, wurde ihm geantwortet:

Sie Ihre Frau und die Kinder wird geforgt werden.

Ob das eine bewußte Verhöhnung des Arbeiters war, konnten wir nicht feststellen. Ihm wurde jegliche Unterstützung entzogen. Soll man da noch einen Kommentar schreiben?

Vom Raft gefürzt

Auf der Jahnstraße in Waldenburg führte ein Telegraphenarbeiter von einem Raft auf die Straße. Er erlitt schwere Rückenverletzungen.

Feuer auf dem Juliusbad

Aus unbekannter Ursache entstand auf dem Juliusbad Feuer, das aber rasch gelöscht werden konnte.

Gemeinde Liebichau zahlt unter Tarif

A. R. Die Rotstandsarbeiter der Gemeinde Liebichau hatten vor einiger Zeit an die Gemeindeverwaltung einen Antrag gestellt, in dem die Bezahlung des tariflichen Lohnes gefordert wurde. Diese Forderung wurde abgelehnt, angeblich wegen Geldmangel. Bewilligt wurde für die männlichen Arbeiter über 24 Jahre nur 66 Pf. je Stunde, die übrigen Arbeiter sollen noch 6 Pf. weniger erhalten. Mit der Auszahlung hat es die Gemeindeverwaltung nicht eilig, zehn Tage nach der Beschlußfassung war die Auszahlung noch nicht erfolgt. Für Bezahlung nach Tarif hat die Gemeinde kein Geld, wenn es sich aber um die Anbringung einer Fahnenstange am Gemeindehause handelt, damit am 11. August geflaggt werden kann, dann ist genügend Geld und auch Zeit vorhanden. Dafür sorgt schon der sozialdemokratische Schöffe Weirauch.

Drei Personen überfahren

Zu dem bereits gestern gemeldeten Autounfall wird uns ergänzend berichtet: Als am Montag das Mietauto des Herrn Gafhofbesizers Klenner aus Nieder-Salzbrenn im schnellsten Tempo die Waldenburger Straße entlang kam, überfuhr es das dreijährige Kind des Berginvaliden Schulz. Das Kind war sofort tot. Darauf fuhr das Auto auf den Bürgersteig und überfuhr die Frau Kühnel und ihr Töchterchen, welches sich im Kinderwagen befand. Das Kind wurde aus dem Wagen geschleudert. Mutter und Kind wurden verletzt. Die erste ärztliche Hilfe leistete Dr. Schuchel, der Mutter und Kind ins Auto lud und ihnen die ersten Verbände anlegte.

Oberes Revier

Motorradunfall. Als Gasthofbesitzer Paul Klem aus Lieberdorf mit seinem Motorrad mit Beiwagen durch Rotensbach fuhr, brach plötzlich die Antriebsstange zum Beiwagen, so daß er sich überschlug. Der Gasthofbesitzer mußte mit einem Schlüsselbeinbruch und schweren Brust- und Kopfverletzungen vom Blase getragen werden, während sein mitfahrender Sohn mit dem Schreck davonkam.

Freiburg

Die verhaßte „Arbeiter-Zeitung“

A. R. Am vergangenen Freitag verlaufen unsere Genossen vor dem Arbeitsamt die „Arbeiter-Zeitung“. Ein Polizist versuchte, den Verkauf zu unterbinden. Unsere Genossen blieben die Antwort natürlich nicht schuldig. Beobachtet wurde, daß der Reichsbannermann Anders und ein anderer was unbekannter Reichsbannermann sich auf der Striegauer Straße längere Zeit mit dem Polizeibeamten unterhielten. Arbeiter, Augen auf!

Schwedtmitz

Wie das Schweißnitzer Reichsbanner die Verfassung feierte

A. R. Am Abend des 11. August war im „Volksgarten“ eine Veranstaltung des Reichsbanners. In den späten Abendstunden wurden die Anwesenden der Stabschefin durch ein entzückendes Spiel und Loben gewidmet. Das wackere Reichsbanner prägte sich untereinander „in Ehren der Verfassung“. Gabeln und Löffel flogen die Höhe, aus den Häusern wurden Wasser und andere Flüssigkeiten auf die Rämpfer gegossen, die sich untereinander mit den wunderbaren Rosenmännern belegten. Ach, es war schön, wie doch dann „zu Ehren der Verfassung“ der Gummiknippel die „Verfassungsführer“ berührte. Am anderen Morgen sah man zerbrochene Gummiknippel, Windladentreste, ja sogar einen defekten Negerhörn das Schlachtfeld bedecken. — Frei Heull!

leiten auf die Rämpfer gegossen, die sich untereinander mit den wunderbaren Rosenmännern belegten. Ach, es war schön, wie doch dann „zu Ehren der Verfassung“ der Gummiknippel die „Verfassungsführer“ berührte. Am anderen Morgen sah man zerbrochene Gummiknippel, Windladentreste, ja sogar einen defekten Negerhörn das Schlachtfeld bedecken. — Frei Heull!

Zur Unterschlagungsaffäre im Fabrikarbeiter-Verband

erfahren wir immer neue Tatsachen, welche zeigen, wie korrupt solche SPD-Gestalten gewesen sind. In den Listen wurden Strohmänner geführt und auf die Namen vieler Mitglieder, die ferngesund waren und keine Ahnung hatten, Franken- und Erwerbslosenunterstützung vom Hauptvorstand aus Hannover angefordert und in die eigene Tasche gesteckt. Auch der eigene Bruder des P., der vertrauensvoll 300 Mark dem sauberen Brüderlein übergab, hat nun das Nachsehen. Interessant ist es, daß trotz Ausschluß P. heute noch die Herausgabe der Bücher und Listen verweigert. Und die „Dreiwacht“ schweigt immer noch!

Die Fassade wird gepuzt

A. R. Die Schweißnitzer Baupolizei ist eifrig bestrebt, in Schwedtmitz für schöne Häuserfronten zu sorgen. Sie geht von Haus zu Haus und erucht die Hauswirte, ihre Häuser neu verputzen und streichen zu lassen. Leider geht sie nur an den Häusern vorbei und

Niederschlesien

Görlitz

Achtung!

Arbeiterwehr!

Großes Gartenfest

am Sonntag, dem 18. August, im „Reichshof“
Reichswig. Auftreten 13.30 Uhr, Dresdner Platz

Tödlicher Verkehrsunfall

Am Dienstagmorgen geriet ein von Görlitz nach Werminghoff fahrender Motorradfahrer bei Nieder-Rengersdorf, als er einem Radfahrer ausweichen wollte, unter einen Lastkraftwagen. Die Hinderräder zermalnten dem Kraftfahrer den Kopf, so daß er auf der Stelle tot war. Seine auf dem Sozius sitzende Frau blieb unverletzt.

4334 Arbeitslose

Aus dem amtlichen Bericht des Arbeitsamtes geht hervor, daß in der ersten Augusthälfte in Görlitz 4334 Arbeitsuchende gezählt wurden.

Sagan

Kochlese zur Verfassungsfeier

A. R. Wie wir nachträglich erfahren, sollte zur Verfassungsfeier am Aufmarsch auch die Saganer Turnerkapelle ihr Bestes hergeben, aber sie war nicht zu sehen. Es ist durch das Klassenbewußte Auftreten unserer Kollegen eine Beteiligung der Kapelle an dem Verfassungsummel verhindert worden. Das ist zu begrüßen. Sie wollten sich nicht in eine Linie mit der Saganer Feldartillerie am Kornmarkt aufstellen. Denn die ganze Batterie, die doch einmal zur Niederknüppelung der Saganer Arbeiterschaft Befehl erhielt, beglückte den Marktplatz und sollte die Verfassung feiern, das heißt auf Deutsch, „für Ruhe und Ordnung“ sorgen, in einem Falle, wo die Saganer Frauen mit der Bevölkerung nicht mehr fertig werden sollten, was wir schon im Jahre 1923 erlebt haben.

Glogau

Was geht im „Hohen Hause“ vor?

Nachstehende Arbeiterkorrespondenz veröffentlichten wir mit einiger Verspätung, da vor dem Abdruck verschiedene Feststellungen gemacht werden mußten: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag (3. zum 4. August) kam eine Autolage auf der Kasernenstraße vorgefahren und hielt vor dem schmalen Eingang, der von hinten nach dem „Hohen Hause“ geht. Einige Damen stiegen heraus und gingen durch die schmale Eingangstür ins „Hohe Haus“. Kurz darauf erschien eine zweite Lage. Dieser entstieg ein Polizeibeamter in blauer Uniform

Glogauer Bauarbeiter gegen die Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge

A. R. Am Montag fand eine Protestversammlung der Glogauer Bauarbeiter statt. Einberufen war der Bauergewerksbund. Auf der Tagesordnung war das Referat des Kollegen Hein und „Verschiebenes“. Kollege Hein sprach über die Vorschläge des Sachverständigenausschusses und welche Gefahren die Vorschläge für die Bauarbeiter mit sich bringen. Nach dem Vortrag sah sich etwas erregt, was sich der Angestellte Hein mit dem Vorsitzenden Rosenberg gar nicht gedacht hatte. Räumlich, nach dem Vortrag sollten nur einige Fragen gestellt werden. Als erster Diskussionsredner meldete sich Kollege Jonza. Dieser brandmarkte nicht nur die Beschlüsse des Sachverständigenausschusses, sondern auch die

verderbliche Politik der sozialdemokratischen Führer. Dabei hat sich gezeigt, daß die Versammlung geschlossen hinter dem Kollegen Jonza stand. Ein Sturm der Entrüstung entbrannte unter den Kollegen, als Kollege J. die Vorlesung der Protestresolution verlangte. Man müßte von Seiten des Vorsitzenden den Kollegen eine Abkündigung über eine Resolution zu, die gar nicht da war, sondern erst in den nächsten Tagen im „Volkswillen“ gedruckt werden sollte. Also erst nach der Abstimmung sollten diejenigen Kollegen, welche dieses Schwindelblatt lesen, über die Resolution ihr Urteil sich bilden können. Diese Glanzleistung erreichte ihren Höhepunkt. Jonza verlangte, daß der Inhalt den Mitgliedern vorgelesen und dann darüber abgestimmt wird. Der Vorsitzende Rosenberg, der übrigens schon seit Jahren seinem Berufe nicht mehr nachgeht, sondern in einer Fabrik arbeitet, kramte sich wie ein Bummel. Er sagte folgendes: „Kollegen, wir können doch keine Resolution fassen als die, welche einmal im „Grundstein“ gestanden hat, das würde sonst gegenüber den Führern ein Misstrauen bedeuten.“ Hierauf ließ er gleich abstimmen, aber

nicht ein Finger kam hoch.

Die Versammlung zwang den Vorsitzenden, eine Resolution zu verfassen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die untenstehende Resolution ausarbeitete. Diese wurde einstimmig angenommen. Rosenberg sagte, daß alle Versammlungen „friedlich“ waren, sehr lobte der Kollege Jonza und machte die Mitglieder rebellisch. Er bemerkte: „Kollege Jonza, wenn du so anfängst, dann schmeißen wir dich raus aus dem Verbande.“ Darauf erhob sich wieder Sturm und man hörte die Rufe: „Das werden wir entscheiden, ob ihr den Kollegen rauschmeißt. Da haben wir auch noch ein Wort mitzureden.“ Kollege Jonza blieb Rosenberg keine Antwort schuldig. Er zeigte den Kollegen, wie sie als Mitglieder entrechtet werden. Sie sollten eben zu allem Ja und Amen sagen, das nennt sich „friedliche Mitglieder-versammlung“. Wenn ein Kollege auf seine Rechte pocht, der ist ein Quertreiber, den muß man rauschmeißen. Kollege Jonza hat die Kollegen aufgefordert, in der nächsten Mitgliederversammlung ebenfalls so zahlreich zu erscheinen, um zu einem Bericht des „Grundsteins“ Stellung zu nehmen. Nachstehende Resolution wurde angenommen. Obwohl dieselbe noch ganz verschommen ist, haben aber doch die Mitglieder von ihrem Recht Gebrauch gemacht.

„Eine zahlreich besetzte Mitgliederversammlung des Deutschen Bauergewerksbundes Glogau protestiert energisch gegen die Vorlage des Sachverständigenausschusses über die Reformvorschläge der Erwerbslosenversicherung. Sie lehnt alle für die Bauarbeiter beabsichtigten Verschlechterungen ab und fordert anstatt der Reformvorschläge die rechtlichen Ausbau der Versicherung. (1) Erhöhte Beitragsleistung (2) Erhöhte Unterstützung in sich schließen. (3) Jedes Ausnahmefälle (Sonderfürsorge) lehnt die Versammlung ab.“

Landeshut

Selbstmord eines 17-jährigen Mädchens

A. R. Ein 17-jähriges Mädchen aus Weßbach bei Liebau war in Landeshut in Stellung. Die Behandlung war so schlecht, daß das Mädchen sich zu Hause bei den Eltern beschwerte. Es trat dann Schwermut ein. Als der Vater des Mädchens erschien, fand er sein Kind erhängt auf dem Boden vor. Jungarbeiter, Mädchen und Burshen, organisiert auch im kommunistischen Jugendverband und kämpft geschlossen gegen die Untreue! Nur so kann es auch in der Zukunft einmal besser gehen!

Mißstände auf dem Liebauer Arbeitsamt

A. R. Die Zustände auf dem Liebauer Arbeitsamt spotten jeder Beschreibung. Sperrung der Unterstützung ist keine Seltenheit. Auch man den Spruchauspruch an, so muß man unter Umständen acht bis zehn Wochen auf die Entscheidung warten. Auch diejenigen, die in der Prüfsfürsorge ausgetastet werden und Anträge auf Verlängerung stellen, müssen sehr lange warten. Der Arbeitsamtsleiter Fichtner versuchte vor einigen Tagen, einen alten Arbeiter zum Stadtmagazin zu schicken. Dieser war dazu nicht imstande. Daraufhin sollte er Hilfe bitten für einen Sohn, für den er sich höchstens eine Quarkkrutte kaufen konnte. Erwerbslose, kämpft in geschlossener Front gegen diese Mißstände.

und zwei Herren in Zivil. Der Polizeibeamte ging ebenfalls durch die Hintertür, während die anderen beiden zum Burche gingen. In der Zwischenzeit erschien der Kellerer und bezahlte die Lage (in der Zeit zwischen 2 und 3 Uhr) und schloß zugleich die Hintertür ab. Bald darauf traten aber die beiden Männer zurück, da nachts nichts los war und wollten herein. Aber, o weh, die Tür war verschlossen. Nun versuchten beide über die hohe Tür zu klettern. Doch sie fielen dauernd herunter. Wir fragen öffentlich an: Was wollten die Polizeibeamten um 1/2 3 Uhr im „Hohen Hause“? Was hat sich in dieser Zeit im „Hohen Hause“ abgespielt?

Liegnitz

„Das ist der Tag des Herrn!“

A. R. Am Vorabend des „Verfassungstages“ hatte die Stadtverwaltung zu einem Fackelzug alle verfügbaren Kräfte zusammengetrommelt. Alles zusammengenommen, von der DSA bis zum Reichsjammer hat man 1760 Mannlein, einschließlich Musiker, Samariter, Feuerwehr und Polizei, zusammenbelommen. Es würde eine ganze Anzahl mehr gewesen sein, wenn man nicht eine bedeutende Menge Reichsjammerkolonnen wegen Alkoholvergiftung vor dem Umzug hätte wegttransportieren müssen. Ueberhaupt das Reichsjammer! Schlecht konnte einem werden, wenn man sich diese „Schutzgarde der Republik“ näher betrachtete. Die Führung des Zuges übernahm, man höre und staune, der Kommissar der Kommunalpolizei vom Revier Feldstraße. Auf seinen Befehl wurden die Fackeln angezündet, auf seinen Befehl setzte sich der Zug in Bewegung. Alles ritz die Knochen zusammen, wenn er seine Befehle gab. Als auf der Dresdener Straße die Reichsjammerkapelle den Marsch „Das ist der Tag des Herrn“ anfangen zu spielen, da stimmten die zahlreichen Spalter bildenden Neugierigen ein Indianergeheul an. Jeder mußte sich vor Sachen den Bauch halten. Daraufhin wurde „abgewunken“, und man spielte „Alte Kameraden“. Der ganze Mummel unterschied sich durch nichts von den früheren Geburtstagsfeiern „Wilhelms des Hohenzollerns“. Nachdem auf dem Friedrichsplatz nach einer vor Vaterlandsliebe triefenden Rede alles die „politisch ersplitterte Republik“, wie sich der Redner ausdrückte, dreimal hochleben ließ, spielte die Kapelle das Deutschlandlied. Hierbei nahm das Reichsjammer den Dedel ab und blickte ehrfürchtig gen Himmel. Man machte noch einen kleinen Spaziergang auf den Haag und löste dort den Zug auf.

Weder statt Gebetbuch

Als dieser Tage eine alte Frau in der St.-Johannis-Kirche zum Gottesdienst erschien, mußte sie plötzlich feststellen, daß sie ihren Weder anstatt des Gebetbuches mitgenommen hatte. Nach eilte sie nach Hause, um sich die richtige „Ausrüstung“ zu holen.

Bademglid. Beim Baden im Pansdorfer See zog sich der Bürohilfsarbeiter Hermann Hofmann aus Liegnitz bei einem Sprung vom Sprunghurm schwere Rippenquetschungen zu. Er mußte vom Sanitätsauto ins Krankenhaus gebracht werden.

Oberschlesien

Ein Schupo schreibt...

Von einem Schupo-Polizisten geht uns nachstehender interessanter Bericht zu:

Trotz sechsjähriger Verfassung steht es verflucht mies hinter den Kulissen der Republik aus. Besonders ist das bei uns, die wir ein gut Teil des Machtapparates dieser Republik bilden, festzustellen. Je älter die Republik wird, desto mehr laucht der alte monarchistische Götter wieder auf. Wie die Rekruten unter Wilhelm werden die Postbeamten gedrückt. Wohl steht es in unserer Beamtenzeitung, daß der Gesetzgeber angeordnet hat, das Erzieher einzustellen. Aber wie wird das gehandhabt? Dem Genossen Grzesinski, Herrn Bed, scheint das gar nicht bekannt zu sein. Hellweg, wie bei den Rekruten, wird doch erzehlet. Von vorigen Deutnants werden die alten Beamten geschürigelt, daß es nur so raucht. Bei 30 Grad Hitze so eine Landwehreibung a la Wilhelm zu machen, ist für die Beamten kein Spaß. Aber alles Murren muß nichts.

Für den Bürgerkrieg werden wir gebitt.

Die höchsten Anforderungen werden an uns gestellt. Sport und Juchhe bringen uns den „höflichen Verleer“ im Dienst bei.

Wie steht es mit unserem Dienst? Nun, wir können uns nicht beklagen, daß wir weniger ausgepowert werden wie die Arbeiter irgendeines Ausbeuters. Dafür sorgen schon unsere Antreiber, die Offiziere, die laum von der Schulbank fort sind, daß uns der Staat nicht umsonst das Geld gibt. Wenn wir unseren Nacht-

dienst beendigt haben, müssen wir manchmal stundenlang im Kasernenhof warten, bis der Rapport-offizier uns wohlwollend entläßt. Wer sich nicht alles gefallen läßt, wird als Kommunist bezeichnet, was für uns trotz der Uniform nur eine Ehre ist. Der Herr sozialdemokratische Polizeipräsidenten stört unsere Behandlung nach der Vorkriegsmethode nicht. Und viele Polizeibeamte, die Mitglieder der SPD waren, zogen schon unter diesen „Sozialismus“ den Strich und lehrten dieser Partei den Rücken.

Ueber den Dienst und die Behandlung herrscht unter den Beamten ein großes Murren. Aber vorläufig bleibt es bloß beim Murren, denn wer etwas Rechtes sagt, der fliegt ohne jede Abschwächung. Dieses System, unsere Rolle als Knechte dieses verrückten, mörderischen Systems, haben aber schon sehr viele von uns erkannt. Nicht ewig werden wir diese Knechte bleiben. Auch wir sind Menschen, sind Arbeiter im Waffenschloß, wir wollen auch einmal als Menschen leben.

Diesen Ausführungen aus der Mitte der Staatskitchen heraus brauchen wir nicht mehr viel hinzuzufügen. Klar und deutlich zeigen diese wenigen Zeilen den Charakter der Schupo, und auch, daß es unter der Schupo Leute gibt, die nur mit dem Waffenschloß auf die Arbeiter gekehrt werden. Wir freuen uns über diese Zeilen. Hoffentlich können wir in nächster Zeit mehr Schupo-Korrespondenzen, die streng vertraulich behandelt werden, bringen.

Gleiwitz

SPD. macht Bischofsrummel mit

Ein Rummel ist hier den anderen eh. Raum haben wir die Verfassungsfeier der Müller-Hindenburg-Republik hinter uns, kommt der zweite konfessionsmäßige Rummel. Von der Dominsel in Breslau hatte sich für gestern hier der Fürstbischof verabschiedet. Etwa 200 bis 300 Bischöflichen, Herz-Jesu-Jungfrauen und frei nach Konfession die Schullinder empfinden als treue Schafe den Oberhirten. Und siehe da, auch die sonst räudigen Schafe, die Sozialdemokraten, flehen sich dabei verzeihen. Aufgeteilt in Gut und Böse, erfüllte der sozialdemokratische Polizeipräsident Bed diese Aufgabe. Ehrwürdig empfing er den bischöflichen Segen. — Eht konfessionsmäßig.

Kann ein Arbeiter mit so einer Partei noch etwas zu tun haben? Nein, denn wer sich als Arbeiter entwürdigt, wäre ein Schuft!

Der Riese vor der Vollendung

Das große Geschäftshaus von Wookworth u. Co. an der Wilhelmstraße steht kurz vor seiner Vollendung. In wenigen Wochen ist der Riesenbau des Geschäftszweiges Wookworth aus der Erde emporgestampft worden. Tag und Nacht, selbst Sonntags, waren die Arbeiter an diesem Bau beschäftigt. Jetzt geht es an die Innenarbeit. Wenige Wochen noch, und der große Konkurrent, der nicht zu schlagen sein wird, beginnt auch in Gleiwitz seine Tätigkeit.

Fundbächen

Gesunden wurden zwei Bund Schlüssel, eine Geldtasche mit Inhalt. Näheres im Fundbüro Zimmer Nr. 35 (Polizeipräsidium Gleiwitz).

Hindenburg

Wieder ein Selbstmord

Die Selbstmorde in Oberschlesien mehren sich. Gestern gegen 8,40 Uhr warf sich — anscheinend in selbstmörderischer Absicht — an dem Bahnübergang Michaelstraße eine unbekannte Frau vor den nach Gleiwitz fahrenden D-Zug. Der Zug hielt sofort an. Es konnte nur noch die Leiche geborgen werden. Die Person ist 25 bis 30 Jahre alt, etwa 1,60 Meter groß, unterseht, hat breites, volles Gesicht, braunes langes Haar, mit Haarnadeln aufgesteckt, graue Augen (um den Augapfel gelbe Ränder). Bekleidet war sie mit schwarzem seidnen Rock, mit grauem schmalen Reif, blaueweiße kariertem violettem Kleid, blaueweißen Unterrock, grünen Schleiern, weißem Hemd, braunen Strümpfen und Halbschuhen. Mittenhingen über die Brust die Leiche, die anscheinend dem Arbeiterstande angehört hat, erbittet die Kriminalpolizei, Hermannstraße 28.

Autorennen im Volkspark

Der Forderung auf Schaffung von Grünanlagen, damit die werktätige Bevölkerung sich ein bißchen ergehen kann, kommt der Magistrat nicht nach. Für ihn ist die Angelegenheit damit erledigt, wenn er erklärt, er habe kein Geld für solche Zwecke. Wir können das durchaus verstehen, weil ja dafür Hunderttausende von Mark für andere, nicht im Interesse der breiten Schichten liegende Zwecke verpulvert werden.

In dem bißchen „Volkspark“, das wir haben, glaubt der Magistrat noch Autorennen veranstalten zu können. Man suchte sich den Verfassungsstag hierzu aus. Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club veranstaltete in diesem Park, im Volksmunde Vinselpark genannt, wegen der kleinen Räume, ein Schönläuf- und Sicherheitsfahren. Vormittags in diesem Park Schrittagfeier der Hindenburgrepublik, nachmittags Rennen des schwarzweißen Automobil-Clubs. Rakte ganz gut als Umrahmung des Verfassungstages.

Was wir hierbei feststellen möchten, ist, daß durch das Schönheits- und Sicherheitsfahren des ADAC die Wege und Anlagen des Parks sehr Park gelitten haben. Diejenigen, die dort das Rennen veranstalteten, haben keinen Pfennig für die Errichtung und Unterhaltung der Parkanlagen gegeben, sondern das sind herausgepreßte Arbeitergroschen in Form von Steuern. Darum protestieren wir in aller Schärfe gegen die Verschandelung unserer Grünanlagen. Es ist eine Frechheit vom Magistrat, für derartige Zwecke den Park freizugeben. Die Parkkommission wird darüber auch noch ein Wort zu reden haben.

Lehrlingshänderei in der Maschinen-Reparaturwerkstatt Auberzyl

A. R. Als Nachspiel zu dem Verfassungsrummel wollen wir nur ein Beispiel von Lehrlingsausbeutung bringen, das die freieste Selbstrepublik charakterisiert. Artikel 122 der Reichsverfassung soll die Jugend gegen Ausbeutung, sittliche, geistige und körperliche Vernachlässigung schützen. Das gerade Gegenteil ist in der Werkstatt von Auberzyl, wo vier Lehrlinge (ohne Gesellen) beschäftigt sind, der Fall. Die Arbeitszeit ist vom frühen Morgen bis zum späten Abend, manchmal bis um 8 und 9 Uhr abends. Nicht nur allein die schwere Arbeitszeit ist es, welche die Lehrlinge schikanieren. Wenn sie etwas

falsch machen, so werden sie geohrfeigt. Erst vor kurzem wurde ein Lehrling wegen eines geringen Vergehens mit einem Ohrenschmerz geschlagen. Die jugendlichen Arbeiter dürfen sich diese Ausbeutung nicht gefallen lassen, sie müssen den Kampf führen gegen die Prügelgelben und Ausbeuter und sich organisieren im KJVD.

Beuthen

Bergmann verhöhet

Im Betrieb der Carsten-Zentrum-Grube ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem Geringsteine auf einen Fördermann fielen. Ihm wurden zuerst die Beine bedeckt. Er konnte noch um Hilfe rufen. Als Mitarbeiter herbeieilten, fielen nochmals Geringsteine nieder, und er wurde zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Man konnte ihn nur noch als Leiche bergen. Der Unfall passierte in der Tagsschicht auf der 700-Meter-Sohle Ostfeld. Der zu Tode Verunglückte war über 20 Jahre alt und ledig.

Gastwirt Adolf Böhm verkauft nichts an Arbeiter

Ein wirklich starkes Stück erlaubte sich am Sonntag der Gastwirt Böhm, Dnygos, Ecke Goststraße. Als einige unserer Genossen bedauerlicherweise dort ein Glas Bier trinken wollten, erlaubte sich dieser arische Republikaner die Frechheit, zu sagen, an die Kommunisten verkaufe ich kein Bier.

Bis jetzt hat dieser Kerl von den Groschen der Arbeiter ein herrliches Leben geführt. Durch den Verfassungsrummel ist er wohl in die Verfassung geraten, daß er Herr aller Kaufsige Arbeiter, geht ihm die Antwort. Nicht einen Tropfen Bier dürft ihr diesem Gastwirt mehr ablaufen. Macht jeden Kollegen auf diesen „Gastwirt“ aufmerksam. Im Übrigen werden unsere Genossen im Stadtparlament auch noch den Antrag stellen, daß diesem saueren Herrn die Konzession entzogen wird.

21 Schomberger für die Republik

A. R. Einen größeren Reifall, wie in Schomberg, konnte die Republik mit ihrem Verfassungsrummel nicht erleben. Noch in der Gemeindevorversammlung am 5. August quasselten die Sozis von einer würdigen und machtvollen Feier für den 11. August. Sie stellten sogar den Antrag auf Gottesdienst und ein Konzert auf Kosten der Gemeinde. Ein Konzert auf Kosten der Steuerzahler zu veranstalten, ist ihnen allerdings nicht gelungen. Das wäre auch der größte Witz gewesen, den die Gemeinde jemals machen konnte. Die Schomberger Einwohner wollen von dieser Verfassung nichts wissen, wie ja auch der Tamtam am Sonntag bewies. Von den 11 000 Einwohnern beteiligten sich, trotz aller Anstrengung der Sozis, Pfaffen und Kriecherweine nur ganze 21 Männer an der Verfassungsfeier. Es waren dazu noch Leute, die alle stramme Schwarzweiskrote sind. Die paar Sozis selbst schämten sich, so eine Meile mitzumachen. Sie haben sich wohl mehr an dem Gottesdienst rangehalten. — Arme Republik!

Tödlich überfahren

Am 13. August d. J., gegen 20,45 Uhr, wurde auf der Chaussee Beuthen-Park die verheerliche Häusler Kofasie R. aus Riechowitz auf dem Nachhausewege bei der Carsten-Zentrum-Grube von dem Personentransportwagen I K 46375 angefahren und hierbei so schwer verletzt, daß sie bald nach Eintreffung in das Knappschafts-Lazarett verstarb. Die Schuldfrage ist nicht geklärt.

Die Arbeitsmarktlage in Stadt und Land

In der Zeit vom 1. bis 7. August 1929 waren beim Arbeitsamt insgesamt 1714 männliche und 449 weibliche Arbeitssuchende angemeldet, von denen 766 männliche und 256 weibliche Personen Arbeitslosenunterstützung und 147 männliche und 48 weibliche Personen Krisenunterstützung bezogen haben. Außerdem wurden an 947 bzw. 264 Familienangehörige der Hauptunterstützungsempfänger Zuschläge gezahlt. Vermittelt wurden in der Berichtszeit 192 männliche und 78 weibliche Personen. Zurzeit werden 206 Arbeiter bei Kohlenarbeiten beschäftigt. Infolge Höchstbauer schieben 14 männliche und 11 weibliche Personen aus der Arbeitslosenversicherung aus.

Miechowitz

So sieht die Verfassung aus!

Ueber dieses Thema findet am Sonntag, dem 18. August, um 14 Uhr, auf dem Sonnenplatz eine öffentliche Versammlung der Partei statt. Interessante Gemeindeangelegenheiten werden dabei mit zur Sprache gebracht.

„Unsere Keilhaue“

Ist das neue Funktionsorgan des KJVD. OS, erscheint monatlich für alle aktiven Jungarbeiter und Parteifunktionäre zur Orientierung über den Kampf des kommunistischen Jugendverbandes.

Bestellungen müssen bis spätestens Freitag im Sekretariat des KJVD., Gleiwitz, Ebertstraße 26, abgegeben werden durch die Ortsleitungen.

Meile der Verfassungstreuen

Zu dem gestern schon von uns glosierten Verfassungsrummel geht uns noch folgende Arbeiterkorrespondenz zur: Einen großen Reifall erlebte das Reichsbanner am Verfassungstage in unserem Drie. Nachdem alle bürgerlichen Vereine in der Stollarswitzer Straße Ausstellung genommen hatten, marschierte eine Transparentkolonne der Klassenbewußten Arbeiter an den angetretenen Verfassungstreuen vorbei. Die Inschriften der Transparente waren glänzend. Die anwesende Schupo verurteilte, die Arbeiter wegzueilen und drückte schließlich mit der Beschlagnahme der Transparente. Genosse Scaubel ließ sich darauf genötigt, der Menge den Vorfall zu erläutern. Nachdem er einige Worte gesprochen hatte, waren die Hüter der kapitalistischen Verfassung schnell zur Stelle. Genosse S. durfte nicht weiter sprechen. Trotzdem las Genosse S. den Artikel 118 der Verfassung der Menge vor, was die Schupo in derartige Wut versetzte, daß sie den Genossen Scaubel mit zur Sache nahm und ihn dort mehrere Stunden festhielt. Die Menge nahm eine drohende Haltung gegen die Polizei ein, zumal sie überzeugt war, daß dem Genossen Scaubel unrecht geschehen ist. Eine große Menge von Arbeitern begleitete den Genossen S. und blieb auf die Verfassungsfeier, so daß außer den bürgerlichen Vereinen ganze 6 Arbeiter (Kriecher) an dem Umzug teilnahmen.

Ratibor

Haben bei der Dewog nur Stahlhelmer Recht auf Arbeit?

A. R. Die Dewog, die in Ratibor mit Hauszinsneuegeldelei auf der Auenstraße große Wohnbauten ausführt, hat sich zur Nebenaufgabe die Züchtung von Stahlhelmbanden gemacht. Vornehmlich werden auf den Baustellen der Dewog nur Stahlhelmer eingestellt. Für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gibt es dort keine Arbeit. Warum das? Das hat seine Ursache in den dortigen Arbeitsverhältnissen. Das Antreibersystem steht in vollster Blüte. Vor Freigewerkschaftlern haben diese Ausbeuter Angst, daß diese dort die übliche brutalste Ausbeutung nicht mitmachen werden. Deshalb stellt man sie nicht ein.

Die Arbeiterkassette kann sich durchaus nicht damit zufrieden geben, daß die Dewog ein Brutnest für den Stahlhelm ist. Vom Magistrat, der doch das Geld der Steuerzahler dieser Faschistenfirma zufließen, verlangen die Arbeiter, daß alle Arbeiter ohne Unterschied der Gesinnung dort Arbeit erhalten.

Sigung des Provinzialausschusses

Am 19. August tritt hier der Provinzialausschuß zu einer kurzen Sitzung zusammen. Der Ausschuß wird sich u. a. mit der Frage der Provinzial-Frauenklinik beschäftigen.

Groß-Sirehlitz

SPD. auf der Verlustliste

Die von uns schon vor Wochen angesagte Meile der SPD. hat sich nun verwirklicht. Außer der Verleumdungsklique Reimann und Co. steht niemand mehr zur SPD. Alle Anstrengungen dieser Leute, noch Arbeiter hinter ihren schäbigen Laden zu bekommen, scheitern elendig. In letzter Zeit beteiligt sich kein Arbeiter mehr an den Veranstaltungen der Kosle- und Barmat-Partei. Aus diesem Grunde mußte auch die früher so großspurige SPD. davon absehen, sich offiziell als Partei am Verfassungsrummel zu beteiligen.

Damit ist die SPD. in Groß-Sirehlitz auf der Verlustliste gegangen. Die Arbeiter werden dafür sorgen, daß sie dort oben bleibt. Nachtrauern wird ihnen niemand. Der Platz der Arbeiter ist in der SPD., die einzig und allein das Proletariat zum Siege führt.

Kreuzburg

Die Post rationalisiert

Auch die Post rationalisiert immer feste. Bei der Bankauer Poststelle waren zwei Briefträger angestellt. Seit dem 1. August ist nur noch ein Angestellter. Der zweite wurde durch einen Arbeiter ersetzt. Für weniger Lohn macht dieser Arbeiter jetzt die gleiche Arbeit, wie vorher der Angestellte.

Stahlhelm ist abgemeldet

A. R. Der Stahlhelm hatte am Sonntag in Bankau ein Klein-Kaliberschießen. Trotz dieses Zugmittels war die Beteiligung an der Schießerei eine sehr schlechte. Nur die Agrarierknechte, wie Förster, Assistenten und ein paar verlastete andere Lämmer, nahmen daran teil. Nach dem Schießen zog die Bande mit Musik ins Dorf ein. Aber niemand schloß sich diesem Häuflein an. Die Arbeiter von Bankau sahen sich nicht einmal mehr diesen Aufzug an. Der Stahlhelm ist bei ihnen abgemeldet.

Oppeln

Proletarische Beerdigung des Genossen Holtert

A. R. Am Sonntag wurde der Genosse Paul Holtert, der bei der Rettung seines Bruders in der Oberertrant, auf proletarische Art beerdigt. Von der Friedhofskapelle aus, wo H. aufgebahrt war, wurde der Sarg von einigen Genossen zu Grabe getragen. Die Beteiligung der Arbeiterkassette war eine große. Genosse Girtd hielt die Grabrede, in der er die Arbeit des schon so früh verstorbenen Genossen in der Arbeiterbewegung schilderte. Mit dem Liebes, Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ schloß die eindrucksvolle Totenfeier.

Wem gehört das Fahrrad?

Am 10. August wurde bei der Kriminalpolizei hier, Sternstr. 18, ein Herrenfahrrad als gefunden abgeliefert. Das Fahrrad hat einen rotelmaillierten Rahmen, schwarze Felgen, schabhafte Federn, eine aufwärts gebogene Lenkstange, eine Babenia-Rücktrittbremse, keine Schutzbleche, Rückstrahler und Glade. Der Eigentümer des Fahrrades wird ersucht, sich dieses dort abzuholen.

Fundbächen in den Autobussen

In den Omnibussen sind folgende Gegenstände zurückgelassen worden: 1 silberne Herrenarmbanduhr, 1 goldenes Armband, fünf Regenschirme, Spazierstöcke, 1 Bund Schlüssel, 2 einzelne Schlüssel, 2 Brillen mit Futteral, 1 Brille ohne Futteral, mehrere Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Damen- und Kindertaschen, 1 Ledermantel, 1 Badeanzug, 2 Herrenhüte, 2 Rosenkränze, 7 Gebetsbücher, mehrere Markennetze, 1 Pfund Malzlake, 1 Koffeekanne, 1 Tuschkasten, ein Bilderalbum, 2 verschiedene Ohrringe. Die Fundbächen können von den Verlierern in dem Büro der Oppelner Auto-Verkehrs-Gesellschaft, Kriegerberger Straße 8, während der Dienststunden abgeholt werden.

Versammlungskalender

19. August. Freitender. Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 18. August, vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus Jaborze (Heine-Saal). Vortrag: Fortsetzung über die schwarze Gefahr, 2. Teil. Solchzeitiges Ergreifen erwünscht. Bitte sind willkommen.

Sinkender Lebensstandard der Arbeiterschaft

Kein reaktionärer Professor muß feststellen, daß die Lebenshaltung der breiten Massen sich in der Republik der Ruhrbourgeoisie und Sozialsozialisten immer mehr verschlechtert

Die Unternehmer begründen seit langer Zeit ihre ablehnende Haltung gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiterschaft mit den Zahlen des amtlichen Lebenshaltungsindex, der in diesem Jahre nur eine Steigerung aller Ausgaben um etwas über 50 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit vorweist. Diese einzige amtliche Statistik, die unter Zustimmung der sozialdemokratischen Reichsminister und unter besonderer Kontrolle des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wislitzki berechnet wird, enthält derart niedrige Zahlen und entspricht so wenig den tatsächlichen Verhältnissen, daß die dort erreichten Ergebnisse nicht einmal von den meisten bürgerlichen Statistiken und Sozialhygienikern ernst genommen und zu Vergleichszwecken herangezogen werden.

So schreibt z. B. der Hamburger Professor Dr. von Tysjla in einem Artikel „Lebenshaltung und Ernährungsfrage des deutschen Volkes in der Gegenwart gegenüber der Vorkriegszeit“ („Klinische Wochenschrift“ Nr. 28 und 29 vom 9. und 16. Juli 1920):

„Die Verteuerung der Lebenshaltung ist ganz bedeutend größer gewesen, als in den amtlichen Indizes zum Ausdruck kommt.“

Vor allem fällt bei den Zahlen des Statistischen Reichsamtes auf, daß die sogenannten Pflichtausgaben, das heißt die für Steuern und Soziallasten notwendigen Aufwendungen, in der Berechnung vollkommen fehlen, wie auch der Kulturbedarf nur ungenügende Berücksichtigung findet.

Um diese von ihm erkannten Mängel und Fehler des amtlichen Index auszugleichen, hat Professor von Tysjla eigene Untersuchungen durch das Hamburgische Statistische Landesamt anstellen lassen. Dreihundert Familien, davon 146 Arbeiterfamilien, 108 Beamte und 46 Angestellte wurden mit einer genauen Buchführung über ihre Ausgaben beauftragt. Dabei betrug das Durchschnittseinkommen in den Arbeiterhaushaltungen jährlich 3250 Mark, bei den Beamten 6894 Mark, und bei den Angestellten 4027 Mark. Wenn aber Herr von Tysjla schreibt, daß „diese Haushaltungen als Repräsentanten der großen breiten Masse der großstädtischen Bevölkerung anzusprechen“ sind, daß sich aus den Untersuchungen des Hamburger Landesamtes „ein wahrheitsgetreues Spiegelbild von der Lebenshaltung der großstädtischen Bevölkerung“ ergebe, so ist das ein gewaltiger Irrtum. Denn Arbeiter mit 271 Mark Monatseinkommen bzw. 62,50 Mark Wocheneinkommen stellen durchaus nicht den in Deutschland vorhandenen Einkommensdurchschnitt dar. Es dürfte doch dem Statistiker Tysjla bekannt sein, daß es gerade in Hamburg einen außerordentlich großen Prozentsatz von Arbeiterfamilien gibt, die lange nicht soviel verdienen, wie die hier angezogenen „Normal“-Familien. Aber auch in den übrigen Städten (vom flachen Lande ganz zu schweigen!), gilt ein Wocheneinkommen von 62,50 Mark für sehr gut, und wird nur von einer Schicht gutbezahlter, hochqualifizierter Spezialarbeiter erreicht.

Daß in diesen Berechnungen überdies die Erwerbslosen keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, ist eine weitere Fehlerquelle, die den Wert der Ergebnisse des Hamburger Statistischen Landesamtes ebenfalls herabmindert. Obwohl es ist interessant, zu welchen Schlussfolgerungen Tysjla auf Grund dieser Untersuchungen kommt.

Nachdem hatten die Arbeiter mit rund 73 Prozent ihres Einkommens die größte Aufwendung für die absolut notwendigen Lebensbedürfnisse (Ernährung, Wohnung, Kleidung und Heizung) zu machen, während die Beamten und Angestellten nur 61 bis 70 Prozent ihres Einkommens für diese primitivsten Lebensbedürfnisse ausgaben. Mit anderen Worten bedeutet das also, daß das Einkommen der Arbeiter so niedrig ist, daß drei Viertel davon für die dringendsten Ausgaben aufgewendet werden müssen. Von den übrigbleibenden 27 Prozent entfallen auf Pflichtausgaben (Steuern, Versicherungen) zusammen 9,8 Prozent, auf Ausgaben kulturellen Charakters 11,1 Prozent. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß, wie Tysjla selbst sagt, „die Arbeiter und Angestellten einen verhältnismäßig geringen Lebensstandard zeigen“.

Besonders interessant ist ein Vergleich der durchschnittlichen Ausgaben mit dem durchschnittlichen Verbrauch an Nahrungsmitteln. Dabei ergab sich, daß die Arbeiter den größten Verbrauch an Fleisch haben, dafür aber verhältnismäßig wenig ausgeben, das heißt, sie verzehren billigeres und schlechteres Fleisch, zum Teil minderwertiges Pferdefleisch in größeren Mengen. Es ist ja auch verständlich, daß die Industriearbeiter ihren ungeheuren Kraftverbrauch durch möglichst konzentrierte Lebensmittel wieder einzubringen versuchen. Ueber den Butterverbrauch schreibt von Tysjla, daß „nur die bessergestellten Schichten einen annähernden Butterverbrauch haben, während die Minderbemittelten die Butter durch die weit billigere Fett-, insbesondere Margarine und Schmalz, ersetzen.“

Nach diesen Erhebungen geht auch der Verbrauch an Brot- und Backwaren ständig zurück.

„Der Erfolg der immerhin verhältnismäßig teuren Backwaren durch die billigere Kartoffel in den minderbemittelten Schichten tritt deutlich zutage. Auch der Verbrauch der so

nährhaften Gemüse, Obst und Früchte ist in den minderbemittelten Familien beinahe geringer, als in den bessergestellten.“

Entgegen der von Seiten der Unternehmer und an ihrem Gesolge, auch von der SPD. und den Gewerkschaften, aufgestellten Behauptung, daß der Fleischverbrauch, den man so gern als Gradmesser für den Wohlstand des deutschen Volkes betrachtet, die Vorkriegshöhe bei weitem übersteigen habe, muß Tysjla feststellen, daß „der Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren gegenüber dem verhältnismäßig großen Konsum an Brot und Kartoffeln zu niedrig ist; denn auf den Kopf und Tag kommen nur 108 Gramm Fleisch und Fleischwaren, gegen 800 Gramm Brot und 360 Gramm Kartoffeln.“

Bei diesen Zahlen muß man aber stets berücksichtigen, daß es sich bei den Untersuchungen durchaus nicht etwa um typische Arbeiterfamilien handelt; denn diese verdienen bedeutend weniger.

Als Mindestmaß zum Leben notwendig, wird von allen Wissenschaftlern die tägliche Zufuhr von 100 Gramm Eiweiß angesehen. Die Nachrechnung der Haushaltsausgaben durch Tysjla hat nun aber ergeben, daß bei einem Einkommen bis zu 3500 Mark der tägliche Eiweißverbrauch pro Person nur 69,6 Gramm betrug. Tysjla zieht daraus den Schluss:

„Die Unterernährung an Eiweiß ist deshalb besonders bedenklich, da es sich um Personen handelt, die einen besonders hohen Eiweißverbrauch benötigen, um voll leistungsfähig zu sein... im ganzen wird man die Ernährung der unter-

suchten Familien noch als recht verbesserungsbedürftig, namentlich hinsichtlich des Eiweißgehaltes der Nahrung, bezeichnen müssen.“

Eine Gegenüberstellung mit den Ausgaben der Vorkriegszeit ergibt, daß „infolge Verteuerung aller Lebensbedürfnisse die Ausgaben für sämtliche Lebensmittel mehr oder weniger stark gestiegen sind. Dieser Ausgabensteigerung stand aber fast bei allen Lebensmitteln ein sehr beträchtlicher Rückgang im Verbrauch gegenüber. So ist der Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren erheblich zurückgegangen... Eine starke Einschränkung im Verbrauch haben auch die übrigen animalischen Lebensmittel erfahren, wie Milch, Butter, Käse. Auch die vegetabilischen Lebensmittel zeigen ähnliche Verbrauchseinschränkungen. Der Brotverbrauch ist... zurückgegangen; dagegen ist der Kartoffelkonsum, und zwar besonders in den minderbemittelten Arbeiterfamilien, gestiegen... Als sehr bedauerlich muß auch der Rückgang im Gemüse- und Obstkonsum bezeichnet werden.“

„Rückgang, Einschränkung, Verminderung, Verschlechterung!“ — so schreibt ein reaktionärer deutscher Professor über den Lebensmittelverbrauch der deutschen Arbeiterschaft und hat dabei nur die besser bezahlte Schicht untersucht! Dem allgeringsten Teil aber geht es noch weit schlechter, als es hier aufgezeichnet wurde. Und das alles nach zehnjährigem Bestehen der demokratischen Republik!

Die Ausführungen des reaktionären Professors über die niedrige Lebenshaltung der werktätigen Massen zeigen deutlich das Verbrechen der reformistischen Gewerkschaftsführer,

die durch die Abwägung der Arbeitskämpfe und die Fesselung der Arbeiter an langfristige Tarifverträge mitschuldig sind an der weiteren Verelendung der Arbeitermassen. Die Sozialpolitik der Müller-Regierung, der Wislitzki-Unterstützungsrat und die verstärkte Abwälzung der Reparationslasten auf die Werktätigen, machen es zur dringendsten Aufgabe, in allen Betrieben die Forderung nach gewerkschaftlicher Lohnverbesserung und Verkürzung der Arbeitszeit

aufzustellen und den Kampf dafür in breiterer Front, gemeinsam mit den Erwerbslosen, zu führen.

Rehmt in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen dazu Stellung!

Vor dem Kampf in der schlesischen Steinindustrie

Gewerkschaftsbürokratie macht Geheimdiplomatie — Mitglieder werden nicht gefragt — Die lächerlich geringe Forderung — Steinarbeiter, heraus!

In den letzten Wochen wurden aus der schlesischen Steinindustrie Eillegungen, Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit gemeldet. Die Unternehmer gaben an, die Lage der Betriebe sei katastrophal und versuchten mit allen Mitteln, die Leistung zu steigern und die Löhne zu drücken.

Ähnlich wie in der Textilindustrie dem Lohnkampf bewegte Klagen der Unternehmer über Unrentabilität und fehlende Aufträge vorangingen, so sind auch die Behauptungen der Steinbruchbesitzer mit aller Vorhut entgegenzunehmen. Uns scheint, daß die Steinbruchbesitzer von ihren Klagen in der Textilindustrie gelernt haben, wie man mit Erfolg eine Lohnbewegung einleitet.

Der Lohnvertrag in der schlesischen Steinindustrie läuft am 30. September ab. Er mußte Ende Juli gekündigt werden, da im Falle der Nichtkündigung er um ein volles Jahr weitergelaufen wäre. Die Gewerkschaftsbürokratie hat als Forderung ausgestellt: Erhöhung der Akkordlöhne um 5 Prozent und der Zeitlöhne um 10 Prozent. Wie verlautet, haben auch die Unternehmer den Tarif gekündigt. Ihre Forderungen haben sie der Öffentlichkeit noch nicht bekanntgegeben, jedoch ist es offensichtlich, daß sie zumindest die Beibehaltung der bisherigen Löhne und einen langfristigen Tarif fordern werden.

Die Kündigung des Tarifs seitens der Gewerkschaftsbürokratie ging in aller Stille vor sich. Die Steinarbeiter, die zu 100 Prozent freigewerkschaftlich organisiert sind, wurden nicht gefragt. So geht uns z. B. folgender Bericht aus einem Steinbruch bei Striegau zu:

„In dem Bundesrat wurde über drei Fragen gesprochen. Als erste wurden die Delegierten zum Verbandstag gewählt. Hier wurde einfach diktatorisch bestimmt, daß ein Kollege aus Groß-Blasen gewählt werden mußte. Bei der Berichterstattung über die Lohnverhandlungen zeigte es sich, daß die Mitglieder im Verbande nichts zu sagen haben. Es wurde lediglich mitgeteilt, daß der Tarif gekündigt und Forderungen aufgestellt sind. Es werden 5 Prozent Lohnverbesserung mit einer Gültigkeit bis zum Frühjahr 1930 gefordert. Kollegen, laßt euch das nicht gefallen. Verlangt eine Versammlung und beschließt selbst, welche Forderungen aufgestellt werden müssen. Nicht Müller und seine Getreuen sollen maßgebend sein, sondern wir selbst. Eine Forderung von 5 Prozent ist zu niedrig, da die Lebensmittelpreise in der letzten Zeit gewaltig gestiegen sind und noch weiter steigen.“

Weshalb mobilisiert die Gewerkschaftsbürokratie die Steinarbeiter nicht? Weshalb will sie alles selbst entscheiden?

Weshalb, weil sie genau so wie im schlesischen Textilarbeiterkampf von vornherein nicht die Absicht hat, einen Kampf

zu organisieren, sondern die Frage des Lohnes durch den Schlichter entscheiden lassen will. Was dabei herauskommt, haben alle bisherigen Lohnbewegungen und insbesondere die in der Textilindustrie den Arbeitern mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Allen Wünschen der Unternehmer wird stattgegeben. Nur solche Schiedssprüche werden für verbindlich erklärt, die die Forderungen der Unternehmer erfüllen.

Der Kampf in der schlesischen Textilindustrie endete mit einem Mißerfolg, aus folgenden Gründen: Die Gewerkschaftsbürokraten haben mit voller Absicht die unorganisierten Textilarbeiter gegen die organisierten ausgespielt und revolutionäre Kollegen aus der Organisation ausgeschlossen. Sie haben vor der Aussperrung die Arbeiter aufgefordert, zu den alten Bedingungen, das heißt, ohne Lohnverbesserung, weiterzuarbeiten. Sie haben die Verbindlichkeitsklärung des erbärmlichen ersten und des noch erbärmlicheren zweiten Schiedsspruches beantragt. Der Sozialdemokrat Wislitzki ist dem ersten Antrag nicht nachgekommen, weil ihm der Schiedsspruch noch zu gut war. Den schlechteren zweiten hat er aber für verbindlich erklärt. Die Gewerkschaftsbürokraten hatten also mit Absicht die Einheitsfront der Textilarbeiter zerfallen lassen und mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen den Kampf abgewürgt.

Soll daselbe verräterische Spiel auch in der Steinindustrie geduldet werden?

Nein!

Die Steinarbeiter müssen von vornherein begreifen, daß die Gewerkschaftsbürokraten nicht im Lager der Arbeiter, sondern im Lager der Unternehmer stehen. Sie müssen erkennen, daß bei Schlichtungsverhandlungen für sie nichts herauskommen wird. Deshalb müssen die Arbeiter von Anfang an die Organisation und Führung des Kampfes in eigene Hände nehmen. Die Beschlüsse der Gewerkschaftsbürokraten büßen für die Arbeiter nicht maßgebend sein. Die Arbeiter selbst müssen über die Höhe der aufzustellenden Forderungen beschließen. Die Arbeiter selbst müssen in allen Betrieben Versammlungen organisieren und Kampfleitungen wählen. Die Kampfleitungen der einzelnen Steinbrüche müssen aus ihrer Mitte heraus eine Bezirkskampfleitung wählen.

Nur wenn es gelingt, durch eine breite Mobilisierung aller Steinarbeiter ohne Rücksicht auf die Klagen der Unternehmer und die Anrufe der Gewerkschaftsbürokraten, die Einheitsfront in den Betrieben zu schaffen, wird es möglich sein, einen erfolgreichen Kampf in der schlesischen Steinindustrie zu führen. Steinarbeiter, vorwärts!

Halte Versammlungen ab! Formuliert eure Forderungen und wählt Kampfleitungen!

WEINE
VON
HERZBERG & Co.
Mühlentstraße 41, Bismarckplatz 17
Lorenzstraße 18, Klosterstraße 84
Selenstraße 17, Michaelisstr. 3
sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in- und Ausland in **ganzen Waggons** bezogen und sofort bezahlt werden
Rotwein . . . Flasche 1.10
Südwein rot oder gelb „ 1.20
Cydon s88 0.65
Johannisbeerwein s88 FL 0.85
Wermutwein s88 1.35

2 Betten
Stuhl, poliert mit
Eptal u. Anflap.
Mark 150.—
Möbelhaus Scholz
72a Kaiserstr. 132
**Moderne
Kinderwagen**
25.—

35.—, 29.—, 27.—
Enchante
Oblauer Straße 33
Ecke Taschenstr.

Max Petersilie
Zigarren-Spezialgeschäft
Breslau, Reuschestr. Nr. 37/38
Frankfurter-Str. Nr. 184

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 3/9

P. Pohl
Beste und billigste Bezugsquelle
ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Breslaus

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Bettstellen
2 Stück, Eiche, mit Patent u. Anfl. 185.—
1 Stück poliert, mit Patent u. Anfl. 185.—
Kleider-Schrank, große Auswahl
Schrank, dunkel, poliert, 130 breit 85.—
Anflap-Matratze für 2 Bettstellen 58.—
Chaiselongue 25.—, Filzhaube sehr preisw.
Teillzahlung gestattet!
Max Giesel, Brüderstraße 23
und Breite Straße 42

Fleisch- und Wurstwaren
Richard Krusch
Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 15, Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166, Oblauer Str. 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Sämereien
Vogelfutter
Futtermittel
Richard Schwella
Matthiasstraße 185
Ede Weinstraße 85

**Obst
Gemüse
Butter
Käse**
nur von
Hondl
Gottesberg
Niederstraße
neben
Drogerie Wörfarth

Kurz-, Weiß- und Wollwaren
sowie sämtliche
Arbeitergarderoben
empfiehlt
A. Flegel
Gottesberg, Landesbunter Straße 25
Teillzahlung gestattet!

gegen bar u. auf
Teillzahlung
zu niedrigsten Preisen bei
R. Herzog
Möbelhaus und Sargmagazin
Gottesberg
Fürstensteiner Str., Fernr. 67
Streng reelle Bedienung